

Die französische Zivilgesellschaft in Zeiten der Pandemie / Zivilgesellschaft zwischen Tradition und Aufbruch: die Situation von queeren Civil Society Organisationen nach der Rosenrevolution (2003) in Georgien

Eden, Lino; Wilkens, Marcel Willi

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Eden, L., & Wilkens, M. W. (2022). *Die französische Zivilgesellschaft in Zeiten der Pandemie / Zivilgesellschaft zwischen Tradition und Aufbruch: die Situation von queeren Civil Society Organisationen nach der Rosenrevolution (2003) in Georgien.* (Opuscula, 163). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-79547-0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

MAECENATA



Lino Eden

Die französische Zivilgesellschaft in Zeiten der Pandemie

Marcel Willi Wilkens

Zivilgesellschaft zwischen Tradition und Aufbruch: Die Situation von queeren Civil Society Organisationen nach der Rosenrevolution (2003) in Georgien

Opusculum Nr. 163
Juni 2022

Die Autoren

Lino Eden ist Student im Masterstudiengang Nonprofit-Management & Public Governance an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Er ist im schweizerischen Genf zweisprachig aufgewachsen und wurde maßgeblich von der französischen und der deutschen Kultur geprägt. Folgende Arbeit wurde im Rahmen eines studienbegleitenden Seminars zum Dritten Sektor verfasst und wurde von Prof. Dr. Graf Strachwitz betreut.

Marcel Willi Wilkens studiert Nonprofit Management & Public Governance an der der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin und der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Er verbrachte einen Studienaufenthalt am Georgian Institute of Public Affairs Tbilisi und forschte in diesem Rahmen zur Situation der queeren organisierten Zivilgesellschaft in Georgien. Folgende Arbeit wurde im Rahmen eines studienbegleitenden Seminars zum Dritten Sektor verfasst und wurde von Prof. Dr. Graf Strachwitz betreut.

Dank der Autoren

Die Autoren danken Frau Marianne Sievers und Herrn Dr. Rupert Graf Strachwitz für die Unterstützung in der Erarbeitung dieser Publikation, sowie dem Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft für die Möglichkeit zur Veröffentlichung.

Ein herzlicher Dank geht an Frau Claire Breschard vom Institut Français du Monde Associatif für Ihre inhaltliche Unterstützung.

Das Maecenata Institut

Das **Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin** wurde 1997 als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Das Institut hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft und den sogenannten Dritten Sektor mit den Themenfeldern Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungs- und Spendenwesen durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern. Das Institut versteht sich als unabhängiger Think Tank. Das Institut ist eine nicht rechtsfähige Einrichtung der Maecenata Stiftung (München) und hat seinen Arbeitssitz in Berlin.

Weitere Informationen unter: <https://www.maecenata.eu/ueber-uns/das-institut/>

Die Reihe Opuscula

Die **Reihe Opuscula** wird seit 2000 vom Maecenata Institut herausgegeben. Veröffentlicht werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten des Instituts. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für volle Zitierfähigkeit. Durch die Kooperation mit dem Social Science Open Access Repository (SSOAR) Projekt ist eine dauerhafte Verfügbarkeit aller Ausgaben mit fester URL-Adresse sichergestellt. Eine Übersicht der neuesten Exemplare ist auf der letzten Seite jeder Ausgabe zu finden.

Die gesamte Reihe Opuscula finden Sie zum kostenlosen Download unter: <https://www.maecenata.eu/publikationen/opuscula/>

Impressum

Herausgeber

MAECENATA Institut
Rungestraße 17, D- 10179 Berlin,
Tel: +49-30-28 38 79 09,
Fax: +49-30-28 38 79 10,

E-Mail: mi@maecenata.eu

Website: www.maecenata.eu

Redaktion: Marianne Sievers, Lara Brett



ISSN (Web) 1868-1840

URN: urn:nbn:de:0168-ssoar-79547-0

Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons 3.0 Deutschland Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/). Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

Haftungsausschluss: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Maecenata Institut, Berlin 2022

Inhaltsverzeichnis

Teil I: Die französische Zivilgesellschaft in Zeiten der Pandemie [Lino Eden]

Übersichtstext

1. Einleitung.....	5
2. Zivilgesellschaft in Frankreich: Herausforderungen und Tendenzen	6
3. Zivilgesellschaft während der Coronapandemie	8
Zivilgesellschaft als Dienstleister.....	8
Zivilgesellschaft als Gemeinschaftsbilder.....	10
Zivilgesellschaft als Themenanwalt und Wächter	14
4. Fazit	17
5. Literaturverzeichnis.....	19

Teil II: Zivilgesellschaft zwischen Tradition und Aufbruch: Die Situation von queeren Civil Society Organisationen nach der Rosenrevolution (2003) in Georgien [Marcel Willi Wilkens]

Übersichtstext

1. Einleitung.....	27
2. Länderbericht.....	28
3. Begriffsdefinitionen und Begriffsverständnis.....	30
4. Eine historische Betrachtung der georgischen Zivilgesellschaft	32
5. Rahmenbedingungen, Ausprägungen, Zahlen und Fakten.....	41
6. Aktuelle Trends und Entwicklungen.....	47
7. Die Situation von queeren Civil Society Organisationen in Georgien	50
8. Fazit und Schlussbetrachtung.....	55
9. Abbildungs- und Darstellungsverzeichnis.....	57
10. Literaturverzeichnis.....	58

Teil I

Die französische Zivilgesellschaft in Zeiten der Pandemie

Autor: Lino Eden

Übersichtstext

Im Rahmen der Corona-Pandemie wurde die Zivilgesellschaft stark beansprucht und je nach Funktion unterschiedlich in die Krisenbewältigung einbezogen.

Als Dienstleister wurde sie zu Beginn der Krise insbesondere im Gesundheits- und Pflegesektor als wichtiger und wesentlicher Partner bei der unmittelbaren Krisenbewältigung anerkannt. Auch spielte die gemeinschaftliche Selbsthilfe innerhalb der Gesellschaft eine zunehmend entscheidende Rolle. In ihrer Funktion als Gemeinschaftsbilder ergab sich die besondere Herausforderung, die nötige Solidarität ohne soziale Kontakte aufzubauen und zu erhalten, wodurch insbesondere Kreativität aber auch digitales Know-How gefragt waren. Diese Aufgaben und Herausforderungen waren in Deutschland und Frankreich ähnlich.

Unterschiedliche Tendenzen lassen sich vor allem im Eigenverständnis der Zivilgesellschaft in ihren Funktionen erkennen: Die überwiegend in Vereinen organisierte französische Zivilgesellschaft scheint sich als Gemeinschaftsbilder und Themenanwalt zunehmend von innen zu stärken und ihren Platz als gesellschaftlich notwendige Alternative zwischen Staat und Markt zu beanspruchen, während sie im Bereich der Dienstleistungsfunktion aufgrund der Nähe zum Staat und der Konkurrenz des Privatsektors kaum eine eigene Identität entwickelt hat. Verglichen mit Deutschland lässt die politische und akademische Anerkennung des französischen Dritten Sektors insgesamt zu wünschen übrig.

Neben der zivilgesellschaftlichen Aufgabe, als Dienstleister einen Hilfebeitrag zu leisten und als Gemeinschaftsbilder unter starken Einschränkungen mittels Solidarität das gesellschaftliche Verständnis für die Maßnahmen zu stärken musste sie zeitgleich ihrer Funktion als Wächter nachgehen und gerade diese Maßnahmen kritisch hinterfragen. In Deutschland wurde dieser komplexe Spagat dadurch erschwert, dass die kritische Perspektive auf staatliches Krisenmanagement gerade von der unzivilen Seite der Zivilgesellschaft monopolisiert wurde. In Frankreich waren solche Meinungen und Bewegungen zwar ebenfalls vorhanden, durch die schärferen Beschränkungen jedoch deutlich weniger präsent und mediatisiert. Im öffentlichen Diskurs entstand jedoch kaum Platz für zivilgesellschaftliche Akteure, die kritisch, aber loyal gegenüber den Grundsätzen einer freiheitlichen Demokratie sind und es ist beiden Ländern nicht gelungen, die Zivilgesellschaft in die Entscheidungsprozesse beim Umgang mit der Pandemie zu integrieren und als Partnerin auf Augenhöhe zu betrachten.

1. EINLEITUNG

Die Corona-Pandemie hat die Welt auf den Kopf gestellt und dabei die Zivilgesellschaft und den Dritten Sektor nicht verschont.¹ Während manche Bereiche der Zivilgesellschaft als entscheidende Akteure in die Bewältigung der Krise einbezogen und als systemrelevante Gesellschaftspfeiler anerkannt wurden, standen andere weitgehend vor der Stilllegung. Die zivilgesellschaftliche Handhabung der Krise ist international unterschiedlich ausgefallen, was insbesondere auf kulturelle, historische und politische Differenzen zurückzuführen ist. Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, inwiefern die französische Zivilgesellschaft ihre Funktionen während des ersten Jahres der Corona-Pandemie wahrgenommen hat, welche besonderen Herausforderungen sie zu meistern hat(te) und in welchen Bereichen sich Unterschiede zur deutschen Zivilgesellschaft feststellen lassen.

Der Fokus wird dabei auf drei Funktionsbereiche gelegt, die auf sehr unterschiedliche Art und Weise von der Pandemie und den anti-Corona Maßnahmen getroffen wurden: die Zivilgesellschaft in ihren Funktionen als Dienstleister, als Gemeinschaftsbilder und als Themenanwalt/Wächter.

Um die französische Zivilgesellschaft und ihren Umgang mit der Pandemie betrachten zu können, wird in Zuerst versucht, einige Tendenzen und Corona-unabhängige Herausforderungen bzgl. der betrachteten Funktionen darzulegen. Daraufhin wird auf jeden Funktionsbereich im Kontext der Krise einzeln eingegangen. Abschließend werden die wichtigsten Erkenntnisse zusammengefasst.

Im Laufe dieser Arbeit wurde auffällig, dass die funktionale Aufteilung des Dritten Sektors regional anders ausfällt: In der französischen wissenschaftlichen Literatur wird der Dritte Sektor, wenn überhaupt, überwiegend auf den *monde associatif*, das Vereinsleben, beschränkt. Aufgrund der meist engen Verflechtung mit den Behörden, wird die Zivilgesellschaft als Vollstrecker öffentlicher Aufgaben in der französischen Literatur kaum als unabhängige Instanz zwischen Staat und Markt behandelt. Trotzdem wurde versucht, die Erkenntnisse aus der französischen Literatur (wissenschaftliche Lit. und Zeitungen) im Lichte der drei genannten Funktionen zu reflektieren. Mittelpunkt der Analyse ist die französische Zivilgesellschaft. Die deutsche fungiert dabei als „Spiegelbild“.

¹ Der Begriff Zivilgesellschaft wird folgend im Sinne von Annette Zimmer und Ruth Simsa als „Summe von Akteur*innen und Handlungen mit Mindestmaß an Autonomie von Staat und Markt, die auf Gestaltung politischer Prozesse und/oder sozialer Lebensbedingungen gerichtet sind“ verwendet (2014). Der Dritte Sektor ist dabei der organisierte, formell strukturierte und eher korporativ aufgestellte Teil der Zivilgesellschaft. In weiten Teilen der Arbeit verschwimmt die Grenze zwischen beiden Begriffen, die dann überwiegend als Synonyme verwendet werden.

2. ZIVILGESELLSCHAFT IN FRANKREICH: HERAUSFORDERUNGEN UND TENDENZEN

Zivilgesellschaftliche Organisationen² sind in Frankreich seit den 1960er Jahren ein wichtiger Bestandteil von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie stehen für etwa 8% der gesamten Beschäftigung und knapp 4% des BIP. Die Mehrzahl an Organisationen (über 80%) sind Vereine, obwohl die Bedeutung an Stiftungen und Genossenschaften seit 20 Jahren kontinuierlich zunimmt. Der Dritte Sektor wird größtenteils aus öffentlichen Mitteln (Zuwendungen 20%, öff. Aufträge 24%) und eigenwirtschaftlichen Aktivitäten (42%) finanziert. Private Spenden machen nur etwa 5% der Einnahmen aus. Das zivilgesellschaftliche Engagement ist ebenfalls stark verbreitet: 24 Mio. Franzosen (48% der über 18-jährigen) sind Mitglied eines Vereins und 22 Mio. (42%) sind ehrenamtlich tätig (vgl. Tchernonog/Prouteau 2019 und Prouteau 2020).

Tendenziell lässt sich eine starke Abhängigkeit der ZGO vom Staat erkennen. Diese ist einerseits durch den wichtigen finanziellen Einfluss zu begründen. Andererseits sind im Zuge der Dezentralisierung unter dem Leitbild des *New Public Managements* seit den 80er Jahren starke Kooperationen zwischen Lokalbehörden und den ZGO gebildet worden. Aus diesem Paradigmenwechsel - weg von zentral angeordneten Zuwendungen und hin zu mehr lokalen Vertragspartnerschaften - wuchs ein bedeutender NPO-Dienstleistungssektor heran (vgl. Tchernonog/Prouteau 2019).

Das Gesetz zur *Économie Sociale et Solidaire*³ von 2014 schafft mit den *sociétés à missions*⁴ eine neue Dimension von Sozialunternehmen, wodurch sich die Grenzen zwischen gemeinnützigen und profitorientierten Unternehmen zunehmend aufweichen (vgl. Bidet et al. 2019 und Archambault/Prouteau 2020: 54).

Im Gegensatz zur kooperativen Entwicklung zwischen Staat und organisiertem Dritten Sektors als Dienstleister wurde dessen Rolle als zwischengeschaltete Instanz in den letzten Jahren von Seiten der Politik stark vernachlässigt, was insbesondere die Funktionen der Themenanwaltschaft und der Gemeinschaftsbildung betrifft. Dieser Trend wurde mit Antreten der Macron-Regierung verstärkt, da die öffentlichen Gelder in Form von Zuwendungen seit 2017 drastisch gekürzt und umfangreiche Arbeitsplatzsubventionen im Nonprofit-Sektor gestrichen wurden. Verträge mit lokalen Behörden blieben wiederum größtenteils erhalten, und so sind es insbesondere die Organisationen im Bereich des Sports, der Kultur und der sozialen Aktivitäten, die von den Etatkürzungen betroffen waren (vgl. Archambault/Prouteau 2020: 52-53).

² Ähnlich wie Zivilgesellschaft und Dritter Sektor werden die Begriffe Nonprofit-Organisationen (folgend: NPO) und zivilgesellschaftliche Organisationen (engl.: Civil Society Organisations, folgend: ZGO) weitgehend synonym verstanden, wobei letztere eine noch breitere Anzahl an Vereinigungen, darunter auch weniger formelle Organisationen (z.B. Bürgerbewegungen) umfassen.

³ Solidarische und soziale Wirtschaft, Übers. d. Verf.

⁴ Missionsorientierte Organisationen, Übers. d. Verf.

Der französische Dritte Sektor ist in seiner Identität als Alternative zwischen Staat und Markt zunehmend und beidseitig bedroht: Einerseits führt die steigende Konkurrenz im ideellen, missionsorientierten Bereich zum Managerialismus und Professionalisierungsdruck, andererseits wirkt sich die zunehmende Beschränkung staatlicher Finanzierung auf öffentliche Verträge negativ auf die Unabhängigkeit des Sektors aus.

Die unterschiedlichen Funktionen der Zivilgesellschaft stehen daher in Frankreich auch vor unterschiedlichen Herausforderungen: Die überwiegend hauptamtlich besetzten ZGO im Bereich der Dienstleistung kämpfen mit Autonomieverlust und es stellt sich die

Frage, inwiefern sie noch als alternative Organisationsform betrachtet werden können.⁵ Die missionsorientierten, gemeinnützigen Organisationen werden wegen der sich aufweichenden Aufgabenteilung mit profitorientierten Unternehmen mit einem markt-ähnlichen Umfeld konfrontiert und stehen ebenfalls vor Fragen bzgl. ihrer *Raison d'Être*.⁶ In ihrer Funktion als Gemeinschaftsbilder und Themenanwalt bleibt die Identitätskrise zwar aus, doch steht die Zivilgesellschaft hier in einer ambivalenten Lage: Die französische Gesellschaft ist so gespalten wie in keinem anderen westeuropäischen Land und die Einstellung zur Demokratie wird zunehmend kritischer.⁷ Dieser Tendenzen zufolge sollten den zivilgesellschaftlichen Funktionen als Gemeinschaftsbilder und Themenanwalt eine wesentliche Rolle zukommen - der politische Rückhalt ist jedoch eher schrumpfend und die angesprochenen Budgetkürzungen treffen insbesondere Organisationen in diesen Tätigkeitsfeldern. Trotz wichtiger sozialer Errungenschaften, die in den letzten Jahrzehnten auf das zivile Engagement und die Arbeit von ZGO zurückzuführen sind, ist die Anerkennung der zivilgesellschaftlichen Rolle zur Gestaltung und Festigung der Demokratie in Frankreich äußerst beschränkt (vgl. Archambault/Prouteau 2020: 61).

⁵ Wie in Teil 1 erwähnt, werden sie in der Literatur auch kaum als unabhängige Instanz im Bereich der Dienstleistung behandelt.

⁶ Franz. für Daseinsberechtigung.

⁷ Das Vertrauen, sowohl untereinander wie in die politische Elite, ist deutlich geringer als in den Nachbarländern. vgl. hierzu Archambault/Prouteau 2020: 60, zitiert nach Galland/Grunberg 2020 und EVS. Zur kritischen Entwicklung gegenüber der Demokratie, siehe Bréchon 2019.

3. ZIVILGESELLSCHAFT WÄHREND DER CORONAPANDEMIE

Zivilgesellschaft als Dienstleister

Als die Coronakrise im März 2020 in Westeuropa einschlug, wurden europaweit binnen weniger Tage schwerwiegende Maßnahmen getroffen. Die drastischen Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der Pandemie veränderten die Gewohnheiten der gesamten Gesellschaft. Zunächst standen die Menschen vor unmittelbaren Herausforderungen bzgl. der Versorgung mit Konsumgütern, sozialem Austausch oder Mobilität. Später kamen kollaterale Komplikationen hinzu, wie bspw. existenzielle Sorgen als Folge von Arbeitsverboten, isolationsbedingte psychische Schäden, häusliche Gewalt, verstärkung von Ungleichheiten oder auch Einbrüche bestimmter Konsumzweige. Die Zivilgesellschaft insgesamt wurde in diesen Zeiten stark beansprucht: auch sie will und muss die Krise in erster Linie auffangen, wodurch sie erst einmal in ihrer Funktion als Dienstleister aufgefordert ist (vgl. Schrader 2021:40-44).

Die Krise hatte jedoch unterschiedliche Auswirkungen auf die einzelnen konkreten Sektoren, in denen die Zivilgesellschaft als Dienstleister fungiert. Unmittelbar in die Bewältigung der Virusausbreitung involviert war natürlicherweise der Gesundheitssektor, der in Frankreich wie in Deutschland weitläufig aus dienstleistungsorientierten NPOs besteht. Das Arbeitspensum stieg mit steigender Anzahl an Intensivpatient*innen und die privaten französischen Kliniken wurden aufgefordert, Patienten aus überfüllten Krankenhäusern aufzunehmen (vgl. Plaisance 2020: 1-2).

Der Bereich der sozialen Arbeit wurde mit den Kontaktbeschränkungen in eine zweiseitige Lage befördert, da er als Hilfeleister zwar als Systemrelevant anerkannt wurde, jedoch nicht in seiner sozialen Dimension. Als das ganze Land in den ersten *confinement*⁸ geschickt wurde, liefen Pflegeeinrichtungen und Heime für Jugendliche, Migrant*innen und Menschen mit Behinderungen weiter. Da zu Beginn der Pandemie u.a. kaum Hygieneartikel zur Verfügung standen, wurden diese Einrichtungen schnell zu Ansteckungs-Hotspots mit verheerenden Folgen, insbesondere für die sogenannten *EHPAD*⁹, in denen die meisten Menschen starben. Die Maßnahmen zur Kontaktreduzierung wurden in diesen Einrichtungen daher umso drastischer und jegliche soziale Interaktion blieb untersagt. Dass dadurch eine wesentliche Anzahl an Menschen vereinsamte oder sogar alleine starb, wurde in Kauf genommen (vgl. Archambault/Prouteau 2020: 56, vgl. Gueret/Arte 2021).

⁸ Der französische Ausdruck Confinement (übersetzt: Einschließung) steht für einen harten, größtenteils landesweiten Lockdown, der vom 17.03 bis zum 11.05.2020, vom 30.10 bis zum 15.12.2020 und vom 3.4 bis zum 3.5.2021 in Kraft war: Es galten vollständige Kontaktverbote, die Nachweispflicht von triftigen Gründen, um den Wohnort zu verlassen - später Ausgangssperren ab 18 Uhr.

⁹ Établissement d'hébergement pour personnes âgées dépendantes, franz. für Altenheime. ¹⁰Gesundheits- und Sozialeinrichtungen im Bereich der sozialen Aktion, übers. d. Verf.

Anders als in Deutschland, wo v.a. im Bereich der sozialen Arbeit eine klare Trennung zwischen staatlichen und weitgehend unabhängigen Nonprofit-Akteuren (z.B. Wohlfahrtspflege) zu erkennen ist, besteht in Frankreich eine enge Verflechtung zwischen dem französischen Staat und den sogenannten *établissements sanitaires et sociaux oeuvrant dans l'action sociale*¹⁰, die dem Arbeitsministerium untergeordnet sind. Der Dienstleistungsbeitrag des französischen Dritten Sektors während der Corona-Krise wird daher in der Literatur wenig behandelt. Malte Schrader spricht für Deutschland von einer „partnerschaftlichen Zusammenarbeit“ mit dem Staat, die in Frankreich zwar weniger als Kooperation verstanden wird, bzgl. der der Arbeit von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen im Grunde jedoch ähnlich ablief (vgl. Prouteau 2021, Schrader 2021: 42, vgl. auch Youngs 2021: 1-2).

Um exemplarisch auf das unterschiedliche Governanceverständnis in der Krisenüberwindung einzugehen, lohnt sich ein Blick auf die Testkampagnen beider Länder. Beginnend bei den Schulungen von Testpersonal und dem Aufbau der ersten Testzentren, die in Deutschland größtenteils von ZGO wie bspw. der Johanniter-Unfallhilfe (JUH) und dem Arbeiter Samariterbund (ASB) übernommen wurden. Ziel war es, die langjährige Expertise und die Reichweite der Organisationen zu nutzen. Personal wurde niedrigschwellig und ohne hohe Qualitätsstandards geschult. Bemerkenswert war die frühe Einbeziehung von Kulturstätten, die sich in Berlin schon ab Ende 2020 zu den Haupt-Testzentren entwickelten und größtenteils vorhandene Mitarbeiter*innen (größtenteils Kulturschaffenden) einbezogen. Die Beteiligung eines so breiten Geflechts an ZGO (von der Unfallhilfe zum Technoklub) entstand sowohl aus eigenem Antrieb der Organisationen als auch durch ein Feingefühl der lokalen Behörden, welches das Potenzial der Strukturen erkannte und die Kooperation ermöglichte. Aus der Motivation heraus, so schnell wie möglich eine maximale Anzahl an Menschen zu testen, kam es später jedoch zur unstrukturierten, quasi kompletten Übergabe der öffentlich finanzierten Testungen an die Privatwirtschaft, die spätestens seit massiven Betrugsskandalen stark in der Kritik steht (vgl. Dießelkämpfer/Die Zeit 2021, Tagesschau 2021 und Schrader 2021: 41-42). Demgegenüber verläuft die französische Testkampagne deutlich rigider und zentraler: weitläufig getestet wird erst seit Februar, und zwar fast ausschliesslich in Laboratorien. Das rein medizinische Personal (inkl. Medizin-Studierende) wird von einer staatlichen Institution geschult. Alle Teststellen werden in einer zentralen, staatlichen Liste erfasst. Testergebnisse und Daten der getesteten Personen werden zentral gespeichert (vgl. Nezić 2020 und Ministère des solidarités et de la santé 2021).

Das Stereotyp des ausgeprägten Etatismus mit zentralistischer Organisation wurde bei der französischen Impfkampagne jedoch nicht bestätigt. Zwar konnten für Frankreich keine Informationen zur Kooperation mit ZGO ausfindig gemacht werden (Deutsches Rotes Kreuz in Deutschland mit über 3.000 Mitarbeitern bei der Planung, dem Aufbau und dem Betrieb von Impfbetrieben beteiligt), Privatärzte und Kliniken wurden jedoch schon zwei Monate früher als in Deutschland in die in die

Kampagne einbezogen.¹⁰ Die Zentralregierung übernahm in beiden Ländern die Beschaffung des Impfstoffs und die Vergütung der Ärzte, die gesamte Logistik der Impfzentren wurde in Frankreich jedoch von den Kommunen getragen und organisiert - anders in Deutschland, wo Kosten und Organisation zur Hälfte von den Ländern und zur Hälfte vom Bund gestemmt wurden. Die Zusammenarbeit mit kleinen, lokalen Organisationen und der Einbezug freiwilliger Helfer*innen wurde durch die kommunale Organisation gestärkt

(für Deutschland vgl. Schrader 2021: 41-43, BMG: 13-18, für Frankreich vgl. France Info 2021 und Ville de Paris 2021).

In der französischen Literatur wird zunehmend zwischen der formellen und der informellen Zivilgesellschaft unterscheiden. So ist neben den organisierten Strukturen des Dritten Sektors, die als Dienstleister bei der Krisenbekämpfung überwiegend beauftragt wurden, ebenfalls ein breiter und nicht offiziell organisierter Bereich aufgeblüht. Dieser Aktionsbereich, der sich überwiegend durch spontanes Engagement auszeichnet, kann zumindest teilweise der zivilgesellschaftlichen Dienstleistungsfunktion untergeordnet werden, wobei die Grenzen zur Funktion der Gemeinschaftsbildung etwas verschwimmen. Man denke hier z.B. an junge Menschen, die im Sinne der Nachbarschaftshilfe aktiv wurden und die Einkäufe für Ältere erledigt oder die Kinder von Gesundheitspersonals betreut haben. Bei der Dienstleistungsfunktion im Sinne der unmittelbaren Reaktion auf die Krise entwickelte sich ein kollektives Bewusstsein, dass öffentliche Behörden bei der Bekämpfung der Pandemie ohne die Mitarbeit der lokalen Zivilgesellschaft keinen Erfolg haben können. Andererseits konnte der Staat auch auf den Rückhalt und den Willen der Zivilgesellschaft zählen (vgl. Nicole-Drancourt/Institut Français du Monde Associatif 2021: 1:03-1:15).

Zivilgesellschaft als Gemeinschaftsbilder

Der soeben thematisierte informelle Sektor spielt besonders für die Gemeinschaftsbildung eine wichtige Rolle. Chantal Nicole-Drancourt spricht von einem „starken solidarischen Impuls“ während des ersten Lockdowns, der das Gemeinschaftsgefühl in einem „lange nicht mehr erlebten Maße aufblühen lies [und] sich ohne formale Organisation und bottom-up“ aufgebaut hat (Nicole-Drancourt/Institut Français du Monde Associatif 2021: 1:03-1:15)¹¹. Auch Jean-Baptiste Jobard vom *Collectif des Actions Citoyennes*¹² spricht von einer Zunahme des unorganisierten Engagements, insbesondere bei jüngeren, die über lange Zeiten als ungefährdet galten. Jobard beschreibt diese neue

¹⁰ Privatärzte dürfen seit Februar 2021 impfen, seit April wird in Frankreich sogar in Apotheken geimpft.

¹¹ Übers. d. Verf.

¹² Kollektiv der Bürgeraktionen, übers. des Verf.

Form des Engagements als spontaner, agiler und somit besser geeignet, um auf Krisensituationen zu reagieren und versteht sie auch als Reaktion auf einen hyper-formalisierten Nonprofit-Sektor, der meist Zielgruppen- und Statutengebunden ist und in starker Abhängigkeit zum Staat steht. Auch wenn Zahlen zum informellen Sektor per Definition schwer zu erheben sind, ergibt sich aus den Expertenberichten im Rahmen eines Webinars, das vom *Institut Français du Monde Associatif* im Juni 2021 durchgeführt wurde, ein klares Bild: Der zivile Wille zu helfen hat zu Beginn der

Pandemie stark zugenommen. Das solidarische Engagement gegen das Virus hat das Gemeinschaftsgefühl gestärkt und hat überwiegend im extrem-lokalen stattgefunden, z.B. in Form von Nachbarschaftshilfe, die sich überwiegend über online-Plattformen organisierte. Ab dem zweiten *confinements* im Oktober 2020 ließ diese Tendenz jedoch nach (vgl. Jobard/Marzouki/Nicole-Dancourt/Institut Français du Monde Associatif 2021: 50-1:15, als Plattformen siehe *sans-sortir.com* für Frankreich oder *nebenan.de* für Deutschland).

Beim Thema Kreativität hat die überwiegend informelle Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Krise geleistet. Insbesondere zu Beginn der Pandemie, als vom Virus noch sehr wenig bekannt und die generalisierte Angst besonders hoch war, haben vor allem Künstler*innen schnell und viel Unterhaltungsmaterial produziert und meist unentgeltlich online zur Verfügung gestellt. Dass dabei ein unquantifizierbarer Wert für die Gemeinschaftsbildung entstand, ist für die Experten des Webinars ebenfalls Konsens. Dem organisierten Kultursektor ist es in Deutschland jedoch besser gelungen, die Kreativität zu bündeln und online Kanäle zu nutzen. Zum Teil konnte sogar neues Publikum gewonnen werden. Bspw. wurden in einem Projekt der Berliner Clubkommission, das fast alle Tanzstätten der Hauptstadt umfasste, bereits ab Mitte März 2020 Konzerte gefilmt und gegen Spenden für die Kulturstätten zur Verfügung gestellt.

Ähnlich bei den großen Theatern, die Stücke für die Kamera adaptierten und für die Zeit einer Live-Vorstellung online schalteten. Auch bei der Impfkampagne spielen die Kulturstätten eine entscheidende Rolle: seit Juli 2021 werden in großen deutschen Städten *Tanznächte* organisiert, bei denen bekannten Künstler*innen, die aufgrund von Arbeitsverboten zu Testpersonal mutierten, gratis Konzerte geben und junge Leute sich ohne Termin impfen lassen können. Zwar gab es in Frankreich z.T. ähnliche Projekte aus der organisierten Kulturszene, diese kamen jedoch erst später und eher als Reaktion auf den Einfallsreichtum der nicht organisierten Beiträge auf (Zum Projekt *united we stream*, vgl. Die Zeit/Erlich 2020, zu Frankreich, vgl. Europe1 2020).

Die organisierte Zivilgesellschaft im Bereich der Gemeinschaftsbildung, die auch schon vor der Coronapandemie vor besonderen Herausforderungen stand (siehe Teil 2), wurde mit den Kontaktbeschränkungen in eine äußerst komplexe Situation befördert: Für sie ergab sich einerseits die

Mission, Solidarität und Gemeinschaftsverständnis als Pfeiler des Erfolgs gegen das Virus zu stärken, andererseits waren gerade sie gezwungen, ihre Aktivitäten weitgehend einzustellen. Sowohl in Frankreich wie auch in Deutschland ist es kompliziert, eine klare Linie der ZGO in ihrer Funktion der Gemeinschaftsbildung zu erkennen, nicht zuletzt, weil dieser Bereich wieder sehr heterogen ist. Insgesamt standen diese jedoch erstmal intern vor großen Herausforderungen. Im Bereich des Sports bspw. sah man insbesondere die ehrenamtliche Arbeit und den Zugang zu Freiwilligen sowie Mitgliedern enorm geschwächt, da freiwilliges Engagement und Mitgliedschaften eher kurzfristig ausgelegt sind und meist nicht auf formellen Verträgen aufgebaut ist. Die Kultur, die insbesondere in Frankreich auf privat und öffentlich finanzierten Projektverträgen basiert, stand ohne Auftritte besonders schnell vor existenziellen Sorgen. Im Bereich der sozialen Aktivitäten (bspw. für Jugendliche oder Rentner*innen) konnten die Strukturen durch längerfristig orientierte Anstellungen zwar mittels Kurzarbeit erhalten bleiben, der so wichtige spontane und persönliche Zugang zu den Zielgruppen wurde jedoch enorm erschwert. (vgl. u.a. Lena Sarrut/Béatrice Maurines/Institut Français du Monde Associatif 2021 : 0:11-0:52, Archambault/Prouteau 2020: 55).

Die meisten Organisationen haben zwar versucht, ihr Angebot weitgehend zu digitalisieren und somit zu erhalten, sind dabei jedoch größtenteils schnell an Grenzen gestoßen. Erstens, weil Gemeinschaftsgefühl durch ein „Miteinander-Erleben“ entsteht, das online nur schwer zu erreichen ist. Man denke hier z.B. an Theatervorstellungen, Sport im Park oder Pfadfinder-Ausflüge. Zweitens erlebten viele Organisationen eine Spaltung ihrer Leistungsempfänger*innen, weil sich durch die digitale Umstellung soziale Unterschiede hinsichtlich technischer und räumlicher Möglichkeiten offenbarten. Da Gemeinschaftsbildung u.a. daran ansetzt, diese Ungleichheiten abzubauen bzw. Menschen aus unterschiedlichen Welten zusammenzuführen, standen diese Organisationen in einer ambivalenten Lage. Drittens spricht der Gesellschaftsforscher Samuel Francblu von einer besonders erschwerten Kommunikation für das Vereinswesen, sowohl mit Leistungsempfänger*innen, Mitgliedern und Geldgeber*innen. Er sieht aufgrund der Digitalisierung außerdem einen entstandenen Formalisierungsdrang für ZGO in diesem Bereich (Kontakt nur über Mitgliederplattformen, Newsletter-Abos aber auch Datenschutz-Konformismus usw.), die bei ihren Aktivitäten nicht mehr auf Spontaneität und niedrigschwellige Teilnahme setzen konnten. Hierdurch wurde gerade der Aspekt der Gemeinschaftsbildung vernachlässigt. Insgesamt beklagen die Experten ein Mangel an Anerkennung der Gemeinschaftsbildungsfunktion während der Krise, die zu keinem Zeitpunkt als Systemrelevant angesehen wurde. Dies gilt zwar auch für Deutschland, wobei die französischen Vereine aufgrund der härteren Kontaktbeschränkungen vor deutlich höheren Hürden standen, ihre Aktivitäten einigermaßen normal fortzuführen. (vgl. v.a. Francblu/Institut Français du Monde Associatif 2021: 00:15-00:35, aber auch Schrader 2021: 11 und den Engagement-Barometer zur Corona-Pandemie 2021).

Trotz fehlender Anerkennung und geringer staatlicher Berücksichtigung der Zivilgesellschaft bei den Entscheidungen rund um die Coronamaßnahmen, hat diese sowohl in Deutschland wie auch in Frankreich zur Solidarität appelliert und sich damit insbesondere zu Beginn der Krise hinter die staatlichen Entscheidungen zur sozialen Isolation gestellt. Dies gilt auch für viele Organisationen, die selbst durch die Maßnahmen existenziell bedroht wurden.¹³ Es war ein von der Exekutiven wenig behandelter Paradox, indem sich die meisten Vereine befanden, die keine unmittelbare Hilfeleistungen erfüllten: Alle Menschen sollen aus Solidarität zuhause bleiben und sich isolieren, gleichzeitig sollen die Vereine jedoch unbedingt ihre Aktivitäten fortführen, um genau diese Isolation zu verhindern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erhalten (vgl. Plaisance 2020: 3).

Guillaume Plaisance macht in einem Artikel zur Solidarität in Krisenzeiten auf eine Dimension aufmerksam, die in Deutschland auf wenig Nährboden stößt: die soziale Verantwortung der Privatwirtschaft als Teil der Gesellschaft. Plaisance sieht in den ersten Monaten der Krise einen *renouveau solidaire*¹⁴, der ebenfalls Erwartungen gegenüber Unternehmen entstehen lässt. Früh wurden in Frankreich die Stimmen aus Staat und Zivilgesellschaft laut, die auch innerhalb des privatwirtschaftlichen Sektors Kooperation statt Konkurrenz forderten. Tatsächlich schien diese auch zu kommen: die Zahlungslatenz großer, liquider Unternehmen gegenüber KMUs verkürzte sich und die Bereitschaft nahm zu, in mittelständische Unternehmen zu investieren, die durch die erste Welle in besonders harte Ressourcenengpässe gerieten. Viele Unternehmen haben, wenigsten teilweise aus gesellschaftlichem Pflichtgefühl heraus, ihre ursprünglichen Aktivitäten heruntergefahren, um benötigte Schutzmittel wie Masken oder Desinfektionsmittel zu produzieren. Ausserdem wurden viele lokale Initiativen ins Leben gerufen, in denen private Unternehmen Krankrempflegler*innen oder Obdachlose mit Essen und anderen Schutzmitteln versorgten. Andererseits gab es eine starke, unorganisierte und spontane Mobilisation aus der Zivilgesellschaft, lokale Unternehmen, die in Schwierigkeiten gerieten, zu unterstützen.¹⁵ Auch private Kliniken wurden früh in die Verantwortung gezogen, Patienten aus überfüllten Krankenhäusern aufzunehmen (vgl. Plaisance 2020 und Archambault/Prouteau 2020: 56).

Es scheint in Frankreich einen starken Einfluss der Zivilgesellschaft auf den Privatsektor zu geben. Durch die gesellschaftlichen Erwartungen und Ansprüche, die sich aus der krisenhaften Situation 2020 ergaben, war die privatwirtschaftliche Bereitschaft zum schnellen Umdenken und zur Fokausweitung auf Menschen und Umwelt in Hohem Maße gegeben. Diese Ansprüche an die

¹³ Als Bsp. sei hier die Clubcomission in Berlin genannt: Der Dachverband hat sich bis in den Sommer 2021 mit den Kontaktbeschränkungen solidarisiert und versucht, ihrer Notwendigkeit, z.B. über soziale Medien, an ihre Gemeinschaft zu vermitteln und so den Frust der Partyszene erfolgreich im Zaum zu halten. Ähnliches gilt für das Theaterfestival in Avignon, das 2020 komplett annulliert wurde (vgl. Knoblach 2020 und FranceInfo/afp 2020).

¹⁴ Solidarische Wiederbelebung, Übers. d. Verf.

¹⁵ Insbesondere landwirtschaftliche Unternehmen erfuhren Hilfe bei der Ernte oder beim Direktverkauf über digitale Wege.

Privatwirtschaft und den Einbezug von *Considérations Sociales*¹⁶, lässt sich auch historisch erklären: Frankreich gilt spätestens seit dem 19. Jahrhundert als Vorreiter hinsichtlich sozialer Errungenschaften, Arbeitnehmerschutz und privatwirtschaftlicher Regulierungen. Wo in Deutschland rasch über die Risiken des Lockdowns für die Unternehmen und potenzielle Auswege aus den Beschränkungen diskutiert wurde, schien der Privatsektor in Frankreich eher der Gemeinschaft untergeordnet und genauso wie die einzelnen Individuen in die gesellschaftliche Verantwortung miteinbezogen zu werden. Außerdem wurde bei der Frage der Solidarität in Deutschland kein besonderer Fokus auf die Unternehmen gesetzt. Statt dass von ihnen erwartet wurde, ihre Ressourcen auf die Abmilderung der Krise zu richten, sollten Sie in Deutschland eher als Systemfeiler an ihren Aktivitäten festhalten.

Zivilgesellschaft als Themenanwalt und Wächter

Während die Zivilgesellschaft mit den beiden thematisierten Funktionen einen Beitrag leistet, die Krise zu beschwichtigen, muss sie ebenfalls ihrer Funktion als Wächter und Themenanwalt nachgehen. Es ist die originäre Aufgabe der Zivilgesellschaft, für die Rechte der Bürger*innen gegenüber dem Staat einzutreten. Dies gilt insbesondere in Krisenzeiten, in denen ein erhöhtes Risiko für autoritäre Politik und schleichende Umgehung von demokratischen Machtverteilungsprinzipien besteht (vgl. Youngs 2020: 1-2, Crouch 2021: 21, Schrader: 2).

Die Einteilung in essenzielle und nicht-essenzielle Tätigkeiten hat den NPO-Sektor in Frankreich wie in Deutschland gespalten. Es wurde dargelegt, dass der Sektor in seiner Dienstleistungsfunktion insbesondere im Gesundheits- und Sozialhilfesektor als relevant angesehen wurde und an Legitimation und Aufsehen gewann. Die Bereiche der Themenanwaltschaft und der Vertretung von Minderheiten galten hingegen nicht als systemrelevant und wurden besonders hart getroffen, insofern als viele der Tätigkeiten nur vor Ort geschehen können und die Leistungsempfänger*innen auch nur in Person zu erreichen sind. Dies gilt bspw. in den Bereichen der Migration und der Obdachlosigkeit. So wurden manche Organisationen intern zweigeteilt: Es sollten zwar weiter kurzfristige Hilfeleistungen erbracht werden, Angebote der Sozialisierung oder der Interessenvertretung (z.B. das Eintreten für die Rechte von Bedürftigen) mussten über lange Zeiträume jedoch komplett eingestellt werden (vgl. Archambault/Prouteau 2020: 55-56).

Mit Blick auf die politische Wertschätzung und Berücksichtigung der Zivilgesellschaft in ihrer Rolle als Themenanwalt zeichnet sich daher in Deutschland und in Frankreich ein ähnliches Bild ab.

¹⁶ Gesellschaftliche Berücksichtigungen, Übers. D. Verf.

Obwohl die ZGO einerseits durch ihre Nähe zum Volk am besten platziert sind, etwaige unberücksichtigte Bedenken bei staatlichen Entscheidungen zu äussern und auf die Notsituationen bestimmter Randgruppen hinzuweisen, wurden diese kaum bis gar nicht in die Entscheidungen bzgl. der Maßnahmen einbezogen. Auch das Potenzial von ZGO, die gesellschaftliche Akzeptanz beschlossener Maßnahmen zu erhöhen, wurde vernachlässigt. Sowohl in Deutschland wie auch in Frankreich gab es seit Beginn der Pandemie keinen strukturierten Dialog zwischen Exekutive und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft. In den Worten der Generalsekretärin vom *European Civic Forum* wurden ZGO in ihrer Rolle als Vermittler zwischen Staat und Volk „verachtet“¹⁷ (zu Deutschland vgl. Schrader 2021: 41-43, zu Frankreich und Europa vgl. Najmowicz/Institut Français du Monde Associatif 2021: 00.10-00:16).

Bei der Themenanwaltschaft organisierte sich die Zivilgesellschaft auf deutscher Seite medial wirkungsvoller als in Frankreich. ZGO wie der „Chaos Computer Club“ machten auf Missstände bzgl. Datenschutz bei der Corona-App aufmerksam, die Berliner Stadtmission setzte sich für Impfungen von Obdachlosen ein und dem stark heterogenen Kultursektor gelang es, sich unter der Initiative „Alarmstufe Rot“ zu vereinen und gemeinsam politischen Druck aufzubauen (vgl. Bender/Freidel/faz 2020, GindorfLitz/zdfHeute 2021 und vgl. Süddeutsche Zeitung 2021).

Demonstrationen, Aufstände und Proteste, die überwiegend aus der unorganisierten Zivilgesellschaft entspringen, sind ebenfalls der Wächterfunktion unterzuordnen. Sie richten sich meist gegen staatliche Eingriffe in die Bürgerrechte und können daher nicht ohne den Kontext der staatlichen Bestimmungen und Einschränkungen betrachtet werden. Ein Ländervergleich wird dadurch erschwert, dass der politische Kontext bereits sehr unterschiedlich ist.

Während der französische Präsident, Emmanuel Macron, von einem „Krieg gegen das virus“ sprach und binnen eines Tages der *confinement national* ausgerufen wurde, setzte die Exekutive in Deutschland auf Beruhigung, Kontaktbeschränkungen und appellierte zur bürgerlichen Vernunft. Der Deutsche Umgang mit der Krise, der größtenteils auf das dezentrale, föderale System zurückgeführt wird, wurde in Frankreich als Vorbild diskutiert und regte die Debatte rund um die zentralistische Ausrichtung des eigenen Landes an. Das Vertrauen in die Regierung, das in Krisenzeiten tendenziell wächst, lag im April 2020 bei 60% in Deutschland gegen 34% in Frankreich (vgl. u.a Vasak/FranceCulture 2020, Le Monde 2020).

Es ist bemerkenswert, dass die Aufstände gegen die Corona-Maßnahmen in Frankreich im ersten Jahr der Pandemie verhältnismäßig ruhig ausgefallen sind und dass die besonders starken exekutiven Eingriffe in die Freiheitsrechte weitgehend akzeptiert wurden. Insbesondere wenn berücksichtigt wird, dass mit der Gelbwesten-Bewegung seit knapp drei Jahren eine breite, halb-organisierte

¹⁷ Über. d. Verf. nach Najmowicz 2021: 00:13.

und besonders regierungskritische Gruppierung herangewachsen ist. Auch historisch gilt Frankreich als „protestfreudiges“ Land. Als in Deutschland bereits im Frühling 2020 die Querdenker Bewegung entstand und für Aufsehen sorgte, schien die heterogene Bewegung in Frankreich jedoch auf wenig Verständnis zu stoßen (vgl. u.a. Figaro 2020).

Die Rolle, die Protestbewegungen (darunter auch *Querdenken*) während des ersten Jahres der Pandemie bei der politischen Gestaltung tatsächlich gespielt haben, ist kontrovers und besonders komplex zu ermessen. Selbst wenn sie von einer breiten, stilleren Masse abgelehnt werden und auch im demokratischen Politikspektrum kaum Rückenwind finden, regen sie seit über einem Jahr die gesellschaftliche Diskussion um Grenzen der Maßnahmen an und beeinflussen die politische Kommunikation. So wird in Deutschland im Juli 2021 weiter heftig über Anreize für Geimpfte gestritten, weil diese potenziell einer Impfpflicht gleichkommen könnten, während die französische Regierung zeitgleich beschließt, Gesundheitspersonal ohne Impfung ein Arbeitsverbot zu erteilen (vgl. Stromboni et al. 2021, Berndt 2021).

An dieser Stelle ist hervorzuheben, dass die strengeren Bestimmungen, die in Frankreich während der *confinements* galten, auf zwei entgegengesetzte Weisen die zivilgesellschaftliche Wächterfunktion beeinflussen: Einerseits liefern die tieferen Eingriffe in persönliche Freiheiten den Nährboden für mehr Empörung und stärken den Widerstandswillen, andererseits erhöhen sie drastisch die Schwelle für die einzelnen Bürger*innen, ihre Bedenken frei auszudrücken und sich Aufständen anzuschließen. Obwohl viele Corona-Demos seit Frühling 2020 aufgrund von Nichtbeachtung der Abstandsregeln abgebrochen wurden, waren diese in Deutschland meistens angemeldet, legal und geradezu darauf ausgerichtet, eine breite Bevölkerungsschicht anzusprechen. Anders in Frankreich, wo Zusammenkünfte von über 50 Personen seit Anfang März 2020 generell verboten waren und Aufstände somit nur im illegalen und marginalen Rahmen stattfanden.

Zum Verfassungszeitpunkt dieser Arbeit scheint sich die Tendenz jedoch drastisch zu wandeln: Die deutschen anti-Corona Demonstrationen rund um die Querdenker-Bewegung verlieren mit sinkenden Fallzahlen und zunehmender Aufhebungen der Beschränkungen an Anhängern und Aufmerksamkeit. In Frankreich finden hingegen die bisher größten Aufstände seit Beginn der Pandemie statt, nachdem Präsident Macron im quasi-Alleingang und überraschend plötzlich die Impfpflicht für Gesundheitspersonal und für weite Teile des sozialen und kulturellen Lebens eingeführt hat. „Die neuen Regeln scheinen viele Franzosen und Französinen mehr aufzubringen, als es die monatelangen Ausgangssperren und drei Lockdowns taten“ (Joeres Annika/Die Zeit 2021, S.2).

4. FAZIT

Es ist naheliegend, dass die Zivilgesellschaft in ihrer Funktion als Dienstleister (v.a. im Gesundheits- und Pflegesektor) zu Beginn der Krise als wichtiger und wesentlicher erschien als in ihren Funktionen als Themenanwalt oder Gemeinschaftsbilder. Die politische und mediale Diskussion drehte sich lange nur um die medizinische Dimension und es galt der Imperativ, weitere Ansteckungen zu verhindern um Menschenleben zu retten. Diese einfache Logik lies über lange Zeit keine emotionslose Debatte über die Maßnahmen zu und hielt Aufrufe von Menschengruppen im Zaum, die zwar die Pandemie nicht leugnen, durch ebendiese Maßnahmen jedoch prekariert wurden. Natürlicherweise kommt der Zivilgesellschaft - neben dem Staat - die Aufgabe zu, eine Krise in erster Linie unmittelbar aufzufangen und zu bekämpfen. Dafür muss sie ihrer Funktion als Dienstleister nachgehen, was insbesondere für die hilfeleistenden Sektoren gilt. Auch die gemeinschaftliche Selbsthilfe innerhalb der Gesellschaft spielt eine entscheidende Rolle und die Grenze zwischen der zivilgesellschaftlichen Funktion als Dienstleister und ihrer Funktion als Gemeinschaftsbilder verschwimmt dabei teilweise. Außerdem hat die Pandemie gezeigt, dass Maßnahmen und Beschränkungen ohne eine Mindestmaß an Solidarität und Gemeinschaftsverständnis drastisch an Effektivität verlieren. Für ZGO ergab sich die besondere Herausforderung, das Gemeinschaftsgefühl ohne soziale Kontakte aufzubauen und zu erhalten, wodurch Kreativität aber auch digitales Know-How in den Mittelpunkt gerieten. Diese Aufgaben, Tendenzen und Herausforderungen waren in Deutschland und Frankreich ähnlich. Es ist auffallend, dass der Fokus in der französischen Literatur auf die Gemeinschaftsbildungsfunktion im Vereinsleben gelegt wird, was zumindest teilweise darauf zurückzuführen ist, dass die Einteilung zwischen Staat und NPO-Sektor bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben durchlässiger ist als in Deutschland (NPOs des französischen Sozial- und Gesundheitssektor sind finanziell und organisational stärker mit dem Staat verflochten). Die überwiegend im Vereinsleben organisierte französische Zivilgesellschaft scheint sich in ihren Funktionen als Gemeinschaftsbilder und Themenanwalt zunehmend von innen zu stärken. Nicht zuletzt durch die neu geschaffene Dach-Organisation des *Institut français du monde associatif* wird ihre *raison d'être* diskutiert und ihr Platz als gesellschaftlich notwendige Alternative zwischen Staat und Markt beansprucht. Im Bereich der Dienstleistungsfunktion scheint sie aufgrund der Nähe zum Staat und der Konkurrenz des Privatsektors wiederum zunehmend in eine Identitätskrise zu rutschen. Verglichen mit Deutschland lässt die politische und akademische Anerkennung des französischen Dritten Sektors jedoch insgesamt zu wünschen übrig.

Mit der Coronapandemie ist die Zivilgesellschaft in eine ambivalente Lage gerutscht: Einerseits sollte sie also als Dienstleister ihren Hilfebeitrag leisten und als Gemeinschaftsbilder qua Solidarität das gesellschaftliche Verständnis für die Maßnahmen stärken. Andererseits musste sie gerade diese Maßnahmen als Wächter kritisch reflektieren und als Themenanwalt anfechten. In Deutschland wurde dieser komplexe Spagat dadurch erschwert, dass die kritische Perspektive auf staatliches Krisenmanagement gerade von der unzivilen Seite der Zivilgesellschaft monopolisiert wurde: Coronaleugner*innen lehnten meist jegliche Coronamaßnahmen ab und verbreiteten offen verschwörerische Theorien zum staatlichen Umgang mit der Krise. Zivilgesellschaftliche Akteure, die kritisch aber loyal gegenüber den Grundsätzen einer freiheitlichen Demokratie sind, wurden wiederum nur wenig mediatisiert oder in politische Debatten integriert und oftmals pauschal als *Querdenker* abgewertet. In Frankreich waren solchen Meinungen und Bewegungen zwar ebenfalls vorhanden, durch die schärferen Beschränkungen jedoch deutlich weniger präsent. Nun, wo im Sommer 2021 die Beschränkungen gelockert wurden, scheint der durch drei harte Lockdowns angestaute Frust in Frankreich aufzukochen und es kommt zu starken Ausschreitungen gegen neubeschlossene Maßnahmen. Es ist bemerkenswert, dass es keinem der beiden Länder gelungen ist, die Zivilgesellschaft in die Entscheidungsprozesse beim Umgang mit der Pandemie zu integrieren und als Partnerin auf Augenhöhe zu betrachten.

Die Coronapandemie zeigt in Frankreich wie auch in Deutschland einige ähnliche Erkenntnisse zur Rolle der Zivilgesellschaft in Krisensituationen auf: Erstens kann eine stark aufgebaute Dritter Sektor als Dienstleister im Bereich der Nothilfe eine wichtige Partnerrolle in der unmittelbaren Übernahme von öffentlichen Aufgaben einnehmen. Zweitens ist eine solidarische und auf Gemeinschaft ausgerichtete Zivilgesellschaft (sowohl in ihrer formellen als auch in ihrer informellen Ausprägung) ein wichtiger Erfolgsfaktor in Krisensituationen, weil sie die Zuversicht stärkt und durch zwischenmenschliche Selbsthilfe wichtige Lücken im Krisenmanagement ausfüllt. Drittens braucht es menschnahe und gesellschaftlich tief eingewurzelte Strukturen, die bei starkem Durchgreifen der Exekutive auf vernachlässigte Gruppen aufmerksam machen und diese politisch vertreten. Viertens wird sich die Zivilgesellschaft immer gegen Einschränkungen der Bürgerrechte sträuben, weil es ihrer genuinen Aufgabe entspricht. Die staatlichen Instanzen wären gut beraten, dieser letzten Aufgabe der Zivilgesellschaft mehr Gehör zu schenken, gerade um einen gemeinschaftlich getragenen Kurs zu ermöglichen. Ein größerer „runder Tisch“, an dem neben Wirtschaftsvertreter*innen vermehrt auch zivilgesellschaftliche Akteure teilnehmen und erhört werden, scheint gerade in der heutigen pluralistischen, politikabgewandten und Individualismuszentrierten Gesellschaft von größter Bedeutung.

5. LITERATURVERZEICHNIS

- Archambault, Edith/Lionel Prouteau (2020): France: A large and diverse civil society facing significant concerns, in: *2020 Report on the State of Civil Society in the EU and Russia*, S. 46–63, [online] https://eu-russiaccsf.org/wp-content/uploads/2021/03/RU-EU-Report_2020_EN.pdf.
- Bender, Justus/Morten Freidel (2020): Chaos Computer Club kritisiert Corona-App, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (faz)*, 24.04.2020, [online] <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/offener-brief-chaos-computer-clubkritisiert-corona-app-16739402.html> [abgerufen am 12.06.2021].
- Berndt, Christina (2021): Impfpflicht durch die Hintertür? Mag sein und trotzdem ist es legitim, in: *Süddeutsche.de*, 26.07.2021, [online] <https://www.sueddeutsche.de/wissen/covid-19-corona-impfung-freiheitenungeimpfte-geimpfte-lockerungen-impfpflicht-1.5362595?reduced=true> [abgerufen am 04.08.2021].
- Bidet, Eric/Maryline Filippi/Nadine Richez-Battesti (2019): Repenser l'entreprise de l'ESS à l'aune de la RSE et de la loi Pacte, in: *Revue internationale de l'économie sociale Recma*, Bd. N°353, Nr. 3, S. 124–137, [online] doi:10.3917/recma.353.0124.
- BMG (2021): Nationale Impfstrategie COVID-19, Bundesgesundheitsministerium, [online] https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/C/Coronavirus/Impfstoff/Nationale_Impfstrategie_Juni_2021.pdf [abgerufen am 31.06.2021].
- Bréchon, Pierre (2019): Les valeurs des Français en tendances.: Plus de liberté pour soi, plus d'exigences dans la sphère collective, in: *Futuribles*, S. 55–71, [online] <https://www.futuribles.com/fr/revue/431/les-valeurs-des-francais-entendances-plus-de-libe/>.
- Crouch, Colin (2020): *Post-Democracy After the Crises*, 1., Cambridge, UK: Polity.
- Die Zeit/Nils Erich (2020): Und sie tanzen trotzdem, in: *Die Zeit*, 10.04.2020, [online] <https://www.zeit.de/zustimmung?url=https%3A%2F%2Fwww.zeit.de%2Fkultur%2Fmusik%2F2020-04%2Fuinted-we-stream-berliner-clubszene-dj-setslivestream> [abgerufen am 25.07.2021].

- Dießelkämpfer, Berit/Die Zeit (2021): Viel Geld und wenig Verantwortung, in: *Zeit Campus*, 02.06.2021, [online] <https://www.zeit.de/zustimmung?url=https%3A%2F%2Fwww.zeit.de%2Fcampus%2F2021-06%2Fcorona-testzentren-berlin-teststrategie-buerokratiepandemie%2Fkomplettansicht> [abgerufen am 23.06.2021].
- Engagement-Barometer zur Corona-Pandemie (2021): ZiviZ, [online] <https://www.ziviz.de/corona> [abgerufen am 31.07.2021].
- Europe1 (2020): Comment la culture se digitalise en période de confinement, Europe 1 (Podcast), [online] <https://www.europe1.fr/emissions/la-france-bouge-avecraphaelle-duchemin/comment-la-culture-se-digitalise-en-periode-deconfinement-3959622> [abgerufen am 30.06.2021].
- EVS (2017): European Values Study, in: *GESIS Datenarchiv*, S. 1, [online] <https://doi.org/10.4232/1.13560>.
- France Info (2021): Covid-19 : les médecins généralistes peuvent désormais vacciner certains de leurs patients, Franceinfo, [online] https://www.francetvinfo.fr/sante/maladie/coronavirus/vaccin/covid-19-lesmedecins-generalistes-peuvent-desormais-vacciner-certains-de-leurspatients_4310659.html [abgerufen am 31.07.2021].
- FranceInfo/afp (2020): Coronavirus : le Festival d'Avignon, prévu en juillet, est annulé, in: *Franceinfo*, 13.04.2020, [online] https://www.francetvinfo.fr/sante/maladie/coronavirus/coronavirus-lefestival-de-theatre-d-avignon-est-annule_3913803.html [abgerufen am 30.07.2021].
- Galland, Olivier/Gerard Grunberg (2020): La France, en manque de confiance, déprime, in: *Slate*, 26.05.2020, [online] <http://www.slate.fr/story/190929/grande-deprime-francais-exceptionconfiance-interpersonnelle-defiance-institutions> [abgerufen am 29.07.2021].
- Gindorf-Litz, Susanne (2021): „Die Not ist groß“, in: *ZDFheute*, 07.03.2021, [online] <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/corona-obdachlosigkeit-berlinstadtmission-100.html> [abgerufen am 02.08.2021].

Gueret, Eric/Arte (2021): Vieillir enfermés, documentaires arte, [online] <https://www.arte.tv/fr/videos/098813-000-A/vieillir-enfermes/> [abgerufen am 23.07.2021].

IFOP/Aladom (2021): Aktuelle Umfrage des IFOP zum Krisenmanagement in Frankreich und Deutschland, Étude Ifop pour Aladom, réalisée par questionnaire auto-administré en ligne 3 au 4 mars 2021 auprès d'un échantillon de 1 048 personnes, représentatif de la population résidant en France métropolitaine âgée de 18 ans et plus », [online] https://media.aladom.fr/uploads/2021/03/Aladom_Sondage_ifop_032021_1Dve9i3.pdf [abgerufen am 14.07.2021].

Joeres, Annika (2021): Mehr Frustranzpotenzial als drei Lockdowns, in: *ZEIT Online*, 24.07.2021, S. 1–3, [online] <https://www.zeit.de/zustimmung?url=https%3A%2F%2Fwww.zeit.de%2Fpolitik%2Fausland%2F2021-07%2Ffrankreich-corona-impfnachweisgesundheitspass-impfpflicht-gesundheitsgesetz-emmanuel-macron> [abgerufen am 26.07.2021].

Knoblach, Jochen (2020): Club-Vertreter Leichsenring: „Die Bootsparty war ein großer Fehler“, in: *Berliner Zeitung*, 02.06.2020, [online] <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/club-vertreterleichenring-die-bootsparty-war-ein-grosser-fehler-li.85501> [abgerufen am 30.07.2021].

Le Figaro/afp (2020): Coronavirus : les manifestations anti-restrictions se multiplient en Allemagne, in: *LEFIGARO*, 17.05.2020, [online] <https://www.lefigaro.fr/international/coronavirus-les-manifestations-antirestrictions-se-multiplient-en-allemande-20200517> [abgerufen am 26.07.2021].

Le Monde (2020): Coronavirus : tirer les leçons de l'exemple allemand, in: *Le Monde*, 20.04.2020, [online] https://www.lemonde.fr/idees/article/2020/04/20/covid-19-tirer-les-lecons-del-exemple-allemand_6037166_3232.html [abgerufen am 26.07.2021].

Ministère des solidarités et de la santé (2021): Covid-19: Questions et réponses sur les tests de dépistage., sante.fr, [online] <https://www.sante.fr/coronaviruscovid-19-questions-et-reponses-sur-les-tests-de-depistage> [abgerufen am 27.07.2021].

- Name, Vorname (2021): Titel: Crise sanitaire, les associations démasquées, in: *Juris Association - Le bimensuel des Associations sans but lucratif*, Bd. 631, S. 17–33, [online] https://fr.calameo.com/editions-dalloz/read/00464834375eb6c3f4942?utm_source=sendinblue&utm_campaign=Newsletter_Avril_2021&utm_medium=email.
- Name, Vorname/Institut Français du Monde Associatif (2021): Fait associatif et crise sanitaire : le fait associatif en situation de confinement ?, Seminar, [online] <https://www.youtube.com/watch?v=Ay9JGavIfYg> [abgerufen am 29.07.2021].
- Nezic, Mersiha (2020): Coronavirus : les étudiants en santé autorisés à réaliser des tests PCR, L'Étudiant, [online] <https://www.letudiant.fr/etudes/medecinesante/coronavirus-les-etudiants-en-sante-autorises-a-realiser-des-testspcr.html> [abgerufen am 04.08.2021].
- Plaisance, Guillaume (2020): Covid-19 et solidarités : repenser l'identité organisationnelle, in: *Management & Data Science*, Bd. 4, Nr. 4, S. 12, [online] doi:10.36863/mds.a.13136.
- Prouteau, Lionel (2020): Le bénévolat en France en 2017 : état des lieux et tendances, La Fonda, [online] <https://fonda.asso.fr/ressources/le-benevolat-en-franceetat-des-lieux-et-tendances> [abgerufen am 28.07.2021].
- Schrader, Malte (2021): Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie: Bedarfe – Angebote – Potenziale, in: *Maecenata - Opusculum*, Bd. 149, S. 1–88, [online] https://www.maecenata.eu/wpcontent/uploads/2021/04/OP149_mit_URN.pdf.
- Simsa, Ruth/Annette Zimmer (2014): Quo vadis?, in: *Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement*, S. 11–37, [online] doi:10.1007/978-3-658-061777_1.
- Stromboni, Camille/Delphine Roucaute/Béatrice Jérôme (2021): Covid-19 : agacement, soulagement ou inquiétude... les professionnels de santé partagés face à la nouvelle obligation vaccinale, in: *Le Monde.fr*, 13.07.2021, [online] https://www.lemonde.fr/sante/article/2021/07/13/covid-19-l-obligationvaccinale-imposee-aux-professionnels-de-sante-ne-manque-pas-de-fairereagir_6088083_1651302.html [abgerufen am 04.08.2021].
- Süddeutsche Zeitung (2021): „Alarmstufe Rot“: Bunte Musikparade zieht durch Innenstadt, in: *Süddeutsche.de*, 22.06.2021, [online]

<https://www.sueddeutsche.de/politik/demonstrationen-hamburg-alarmstuferot-bunte-musikparade-zieht-durch-innenstadt-dpa.urn-newsml-dpa-com20090101-210622-99-101123> [abgerufen am 02.08.2021].

Tagesschau (2021): DJs arbeiten in Impfzentren: „Besonderer Menschenschlag mit guten Nerven“, in: *tagesschau.de*, 04.05.2021, [online] <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/technologie/kuenstler-impfzentrenberlin-101.html> [abgerufen am 04.08.2021].

Tchernonog, Viviane/Lionel Prouteau (2019): *Le paysage associatif français : Mesures et évolutions*, Paris, France: Dalloz. Economie / Sociologie

Vasak, Stanislas (2020): Y a-t-il un modèle allemand dans la lutte contre le coronavirus ?, in: *France Culture*, 03.04.2020, [online] <https://www.franceculture.fr/politique/y-a-t-il-un-modele-allemand-dans-lalutte-contre-le-coronavirus> [abgerufen am 26.07.2021].

Ville de Paris (2021): Volontaire en centre de vaccination, Paris.fr, [online] <https://www.paris.fr/pages/volontaire-en-centre-de-vaccination-il-est-important-d-aider-la-ville-a-vacciner-les-gens-17689> [abgerufen am 30.06.2021].

Youngs, Richard (2021): Global Civil Society in the Shadow of Coronavirus, in: *Carnegie Endowment for International Peace*, 27.03.2021, S. 1–5, [online] https://carnegieendowment.org/files/Youngs-Coronavirus_Civil_Society_final.pdf [abgerufen am 13.06.2021].

Teil II

Zivilgesellschaft zwischen Tradition und Aufbruch:

Die Situation von queeren

Civil Society Organisationen nach der

Rosenrevolution (2003) in Georgien

Autor: Marcel Willi Wilkens

Übersichtstext

Georgien war seit dem Einmarsch der roten Armee im Februar 1921 Teil der Sowjetunion und ist seit 1991 unabhängig. Die Republik Georgien kämpft seit ihrer Gründung zu Beginn der 1990er mit Korruption und Machtmissbrauch. Die Rosenrevolution (2003) resultierte aus der Unzufriedenheit der Georgier*innen mit der Regierung und führte zu einem Regimewechsel. Der Dritte Sektor in Georgien wurde zum einen von den politischen Umbrüchen beeinflusst, zum anderen nahmen CSOs auch Einfluss auf die politischen Strukturen des Landes. In der Zeit der Georgische Sozialistische Sowjetrepublik erlebte die Zivilgesellschaft in Georgien ihre Wiedergeburt mit der Liberalisierung des sowjetischen kommunistischen Regimes in den späten 1980er Jahren. Nach der Unabhängigkeit des Landes von der UdSSR begannen sich die demokratischen Länder Europas und Amerikas für die Förderung der Zivilgesellschaft in Georgien zu interessieren, wodurch Personen und Gruppen der georgischen Gesellschaft Zugang zu neuen Ressourcen für ihre Initiativen erhielten. Somit sich veränderte das Umfeld für zivilgesellschaftliche Aktivitäten in Georgien drastisch und entstanden CSOs, die hauptsächlich von der finanziellen Hilfe westlicher Organisationen abhängig waren. Diese Organisationen hatten einen Einfluss auf die Gesellschaft und trugen somit einen Teil zum Sturz der Regierung (2003) bei. Nach der Rosenrevolution zog die neue Regierung viele talentierte und qualifizierte Mitarbeiter*innen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen ab, wodurch die Bedeutung von CSOs in Georgien erneut abnahm. Der pro-europäische Oppositionspolitiker Saakaschwili, der nach der Rosenrevolution Präsident des Landes wurde, gab das Amt nach einer Wahlniederlage 2013 an die Partei „Georgischer Traum“ ab, die aus marktwirtschaftlich und pro-westlich eingestellten Liberalen, aber auch Nationalisten mit populistischer und fremdenfeindlicher Rhetorik besteht.

Die Situation von queeren Menschen und Organisationen in Georgien war in diesen Jahren steilschwerig. 2021 wurde eine geplante Pride-Parade in der georgischen Hauptstadt Tblisi abgesagt. Die Organisator*innen warfen der konservativen Regierung (Georgischer Traum) vor, sie nicht vor queerphoben Angreifer*innen zu schützen. Am Tag zuvor hatten Angreifer das Büro der Pride-Vereinigung im Stadtzentrum gestürmt und Journalist*innen angegriffen. Medienberichten zufolge wurden mindestens 20 Menschen verletzt, darunter ein Tourist, der mit einem Messer angegriffen und ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Die Gegendemonstrant*innen, die bereits vor der Pride Parade mit ihrem Protest begannen griffen gewalttätig Journalist*innen an, die über die Veranstaltungen berichteten. Zuvor hatte der georgische Premierminister die Parade als "unangemessen" bezeichnet, da Zusammenstöße zu erwarten gewesen seien.

Die organisierten Attacken auf die Veranstaltung und die Reaktion von führenden Politiker*innen werfen die Frage auf, in welchem gesellschaftlichen Kontext queere Civil Society Organizations (CSOs) in Georgien arbeiten. Es wird deutlich, dass diese CSOs, obwohl sie rechtlich legitimiert sind, durch ihre ausländische Finanzierung gesellschaftlich nicht anerkannt werden. Sowohl die konservative Wertauslegung der Regierung als auch die starke Rolle der orthodoxen Kirche führen dazu, dass diese CSOs in einem Spannungsfeld zwischen Queerfeindlichkeit und großen Bedarf der Leistungen arbeiten.

1. EINLEITUNG

Georgiens zivilgesellschaftliche Organisationen (CSOs) sind dafür bekannt, stärker, lebendiger und aktiver zu sein als die meisten in der Region (vgl. Aleksanyan, S. 310, 2019). Unabhängig davon, wer an der Macht ist, war die Zivilgesellschaft in der Lage, ohne ungebührliche Einmischung der Behörden zu agieren, und sie hat sich als wirksames Gegengewicht zu den Regierungen erwiesen und zum Regimewechsel beigetragen (vgl. Puig, 2016). Während der Rosenrevolution (2003), die zum Rücktritt der Regierung führte, zeigt sich, dass Georgien weiterhin von der Zivilgesellschaft geformt wird. Nach Jahrhunderten der Fremdherrschaft strebt die Kaukasusrepublik heute mit Macht zurück nach Westen (vgl. Gaganidze, 2018). Die überwiegende Mehrheit der georgischen Bürger*innen betrachtet die Rosenrevolution als einen bedeutenden Meilenstein, der die Hinwendung Georgiens zu demokratischen Werten demonstrierte (vgl. Tsikhelashvili, 2010). Fraglich ist jedoch, was die Rosenrevolution für die Arbeit von CSOs heute – insbesondere queere CSOs – bedeutet.

Die Länder des Südkaukasus zeichnen sich nicht durch ein hohes Maß an Toleranz gegenüber queeren Personen oder Gemeinschaften aus. Es gibt Fälle von direkten Angriffen und Schikanen, einschließlich physischer, psychologischer und symbolischer Gewalt (vgl. Shahnazaryan, Aslanova & Badasyan, 2016). Georgien ist jedoch der Spitzenreiter der Region und liegt im Ranking der International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans & Intersex Association auf Platz 30 (vgl. ILGA, 2016). Das Thema ist in den letzten Jahren politisiert worden und die Debatte über Geschlechtsidentität und insbesondere über gleichgeschlechtliche Beziehungen hat eine geopolitische Wendung genommen (vgl. Nikoghosyan 2016).

Fraglich ist demnach, warum die queeren CSOs im Gegensatz zu CSOs in anderen Wirkungsfeldern einen so schwierigen Stand haben. Donal Kennedy (S. 15 f., 2016) stellt die These in den Raum, dass nicht nur (1) die Regierung und (2) die orthodoxe Kirche, sondern auch (3) die Zivilgesellschaft selbst eine Mitschuld daran trägt. Zum einen würden sich CSOs andere Themenschwerpunkte suchen und queere Themen umgehen. Zum anderen gebe es zwischen den queeren CSOs in Georgien (intersektorale Betrachtung) nur sehr schwache Beziehungen, womit der Sektor auseinander zu fallen drohe.

2. LÄNDERBERICHT

Georgien liegt im Südkaukasus, an der Grenze zwischen Europa und Asien. Die Georgische Republik mit der Hauptstadt Tbilisi¹⁸ ist mit einer Gesamtfläche von knapp 70.000 km² etwa ein Fünftel so groß wie die Bundesrepublik Deutschland und etwa so groß wie der Freistaat Bayern. Die Amtssprache ist Georgisch (von 71% der Bürger*innen gesprochen) und die offizielle Währung des Landes ist der Lari. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug im Jahr 2019 18 Mrd. US\$ und das BIP je Einwohner 4.765 US\$ (vgl. Statistisches Bundesamt, 2020). Im Norden grenzt Georgien an Russland, im Osten an Aserbaidschan, im Süden an Armenien und die Türkei und im Westen an das Schwarze Meer. Georgien ist ein Einheitsstaat mit einem einstufigen System der Dezentralisierung. Während die Hauptstadt einen Sonderstatus genießt, umfasst die lokale Ebene 12 selbstverwaltete Städte und 64 Gemeinden. Die alleinigen Zuständigkeiten der Gemeinden sind in den Gesetzen über das lokale Regierungssystem klar definiert, und die Selbstverwaltungseinheiten sind bei der Planung ihrer Haushalte völlig autonom. Aufgrund der fehlenden steuerlichen und finanziellen Eigenmittel der Gemeinden wird diese Übertragung von Befugnissen jedoch nicht erreicht (vgl. OECD, 2016). 3,7 Millionen Einwohner*innen lebten 2019 in Georgien. Wie die Daten der Vereinten Nationen zeigen, ist die Bevölkerung Georgiens gegenüber 1990 (Einwohnerzahl: 5,4 Millionen) vor allem aufgrund der anhaltend hohen Abwanderung um knapp 30% gesunken. Ungefähr 53% der Georgier*innen leben in urbanen Verhältnissen. Die Bevölkerung (2002) setzt sich zusammen aus 83,8% ethnischen Georgier*innen, 6,5% Aserbaidschaner*innen, 5,7% Armenier*innen, 1,5 % Russ*innen und 2,5% Menschen aus einem anderen ethnischen Hintergrund. Die religiösen Ausrichtungen der in Georgien lebenden Menschen sind gekennzeichnet durch 83,9% christlich Orthodoxe, 9,9% Muslime, 3,9% gregorianische Armenier, 0,8% Katholiken, 0,8% Menschen mit einer anderen Glaubensrichtung und lediglich 0,7%, die sich keiner Religion zuschreiben. Die Alphabetisierungsrate beträgt 100%, gemessen ab dem 15. Lebensjahr. Die Arbeitslosenrate (2016) liegt bei ca. 13,6% und 31% der Gesamtbevölkerung leben unter der Armutsgrenze (vgl. CIA, 2021). Georgien hat bei der Durchführung von Wirtschaftsreformen und der Anhebung des Lebensstandards seiner Bürgerinnen und Bürger gute Ergebnisse erzielt. Das Wirtschaftswachstum war solide - zwischen 2005 und 2019 betrug es durchschnittlich 5 % pro Jahr - und die Armut sank rasch auf 19,5 % im Jahr 2019 und damit fast auf die Hälfte des Wertes von 2007, was durch eine solide makroökonomische Politik und eine verbesserte Staatsführung gefördert wurde. Allerdings hat die Wirtschaft nicht genügend Arbeitsplätze geschaffen, und viele Georgier sind nach wie vor in landwirtschaftlichen Tätigkeiten mit geringer Produktivität tätig. Die Ergebnisse im Bereich des Humankapitals, insbesondere in Bezug auf das Lernen und die Verknüpfung mit den

¹⁸ In den deutschen Medien und von der Bundesregierung wird die Hauptstadt weiterhin mit dem russischen Namen „Tiflis“ benannt (vgl. Suny, 2009). In der folgenden Ausführung wird die international gültige Bezeichnung Tbilisi genutzt.

Bedürfnissen des Privatsektors, sind schwach (vgl. Weltbank, 2021). Über 90% der Georgier*innen leben in Georgien, daher gibt es keine größere Diaspora (vgl. Dengg, S. 58, 2003), die das politische Geschehen aus dem Ausland beeinflussen könnte.

3. BEGRIFFSDEFINITIONEN UND BEGRIFFSVERSTÄNDNIS

Gemäß der traditionellen Definition versteht sich der Dritte Sektor als Gesamtheit aller Organisationen, deren Aktivitäten weder dem Markt noch dem Staat zuzuordnen sind (vgl. Helmig, 2018) und im Bereich der sozialen oder karitativen Dienstleistungserstellung das Gemeinwohl fördern (vgl. Kehl, Kummer & Then 2015, S. 7). Ausschlaggebende Prinzipien sind das private, nicht staatliche Handeln, die Verfolgung öffentlicher Zwecke, die über das Private und Familiäre hinausgehen, sowie das Engagement auf freiwilliger Basis (vgl. Salamon & Sokolowski, 2016, S. 1528).

„Weltweit ist der Dritte Sektor zu einem festen Bestandteil der Gesellschaft geworden. Häufig begrifflich mit Zivilgesellschaft gleichgesetzt, ist es jener Bereich zwischen Staat, Wirtschaft und privaten Familienzusammenhängen, in dem sich Menschen freiwillig zusammenschließen und die Organisationen der spezifischen Logik von Solidarität folgen.“ (Hummer & Priller, 2021)

Während der Dritte Sektor „systemfunktional“ zwischen Markt, Staat und Familie agiert, hat der Begriff Zivilgesellschaft eher einen handlungsorientierten, interaktiven Charakter und fokussiert das individuelle und selbstorganisierte bürgerliche Engagement zur Vertretung gesellschaftlicher Werte und Interessen (vgl. Kehl, Kummer & Then 2015, S.7).

Der Begriff Zivilgesellschaft oder Civil Society hat sich als Bezeichnung für die Arena kollektiven Handelns in der Gesellschaft neben denen des Marktes und des Staates durchgesetzt. Die hierzu gehörenden Akteure werden als zivilgesellschaftliche Organisationen oder Civil Society Organizations (im Folgenden als CSOs abgekürzt) bezeichnet (vgl. Strachwitz, 2020).

Civil Society Organizations (CSOs) können daher als alle nicht-marktwirtschaftlichen und nicht-staatlichen Organisationen außerhalb der Familie, in denen sich Menschen organisieren, um gemeinsame Interessen im öffentlichen Bereich zu verfolgen definiert werden. Diese Definition umfasst mitgliederbasierte CSOs, anlassbezogene CSOs, Bewegungen, Frauenrechtsgruppen, Bauernverbände, glaubensbasierte Organisationen, Gewerkschaften, Genossenschaften, Berufsverbände, Handelskammern, unabhängige Forschungsinstitute und gemeinnützige Medien (vgl. Puig, 2016).

In der folgenden Hausarbeit soll ein Fokus auf diejenigen CSOs gelegt werden, die sich für die Rechte der LGBTIQ (Lesbian, Gay, Bisexual, Trans, Intersexual, Queer) einsetzen. Zur Beschreibung dieser marginalisierten Gruppe wird der Begriff Queer verwendet: Er kann Schwule, Lesben, Bisexuelle, Transgender, Intersexuelle und Asexuelle einschließen, ist aber nicht darauf beschränkt und fungiert als Oberbegriff (vgl. UCSF, 2021).

Queer kann sich auf Menschen beziehen, die nicht heterosexuell oder cis-gender sind oder sich nicht den gesellschaftlich akzeptierten binären Kategorien der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität zugehörig fühlen (vgl. International Bar Association, 2016).

4. EINE HISTORISCHE BETRACHTUNG DER GEORGISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT

Die Bedeutung der historischen Entwicklung als Ausgangspunkt für eine fundierte wissenschaftliche Auseinandersetzung haben Salamon und Anheier (1994, S. 15) folgendermaßen formuliert: „Um die Form des gemeinnützigen Sektors der Zukunft zu verstehen, ist es [...] wichtig, mit einem klaren Verständnis dessen zu beginnen, woher dieser Sektor gekommen ist.“ (vgl. Hummel & Priller, 2021).

Demokratische Republik Georgien (1918 – 1921)

Eine bedeutendste Persönlichkeit für die Herausbildung der organisierten Zivilgesellschaft in Georgien war der heute als „Vater der Nation“ verehrte Ilia Tschawtschawadse (im Englischen: Chavchavadze, 1837-1907). Mit einigen anderen Georgier*innen studierte er im russischen Zarenreich, wo die Student*innen mit dem westlich-liberalen Gedankengut dieser Zeit in Berührung kamen. Nach ihrer Rückkehr nach Georgien setzte sich diese Gruppe für die georgische Unabhängigkeit vom russischen Zarenreich ein (vgl. Bakradse, S. 25, 2008). Unter ihrem Einfluss wurden gesellschaftliche Vereine und Initiativen gebildet, wie die „Alphabetisierungsgesellschaft“ zur Verbreitung der Lese- und Schreibkunst unter den Georgiern (vgl. Bakradse, S. 41, 2008).

Es bildeten sich politische Parteien, die die Unabhängigkeit Georgiens in die Wege leiteten und die Begründer der ersten Republik in Georgien (1918) waren. Sozialdemokrat*innen adaptierten das demokratische Politiksystem der Schweiz, das zu dieser Zeit wesentlich fortschrittlicher war als in einigen westeuropäischen Staaten (vgl. Anchabadze, S. 63, 2005).

Finanziert wurden diese Aktivitäten durch Mitgliedsbeiträge der gesellschaftlichen Vereinigungen, Spenden sowie aus dem Gewinn der medialen Publikationen. Es handelte sich um einen Entwicklungsprozess, der vom aufgeklärten georgischen Adel ausging und von diesem finanziert wurde und sich hauptsächlich in den großen Städten abspielte. In diesen Kreisen fanden sich auch große Kritiker*innen dieser Bewegung, die die Modernisierungsbestrebungen mit Argwohn betrachteten. Tschawtschawadse wurde im Sommer 1907 von Gegnern seiner Überzeugungen ermordet (vgl. Bakradse, S. 105, 2008).

Bemerkenswert an dieser Entwicklung ist, dass diese Bewegung die in Georgien bis dahin bestehende, feudale Gesellschaftsstrukturen aufbrachen. Auch die Kirche als vorherige Sinngebungsinstanz verlor an Einfluss, was einen weiteren Bruch bedeutete (vgl. Alschibaja, 2010). Obwohl dieser Staat weniger als drei Jahre existierte und sein Hauptanliegen die Selbsterhaltung war, basierte das politische Leben dort auf demokratischen Grundlagen, und dies wäre ohne ein gewisses Maß an zivilgesellschaftlicher Entwicklung unmöglich gewesen (vgl. Nodia, 2005).

Georgische Sozialistische Sowjetrepublik (1921 – 1991)

Die georgische Eigenständigkeit endete im Februar 1921 durch den Einmarsch der roten Armee. Die gewaltsame Sowjetisierung Georgiens führte zu erheblichem Widerstand der Bürger*innen. Besonders unter der Herrschaft des gebürtigen Georgiers Stalin mussten die georgischen Bürger*innen leiden, bzw. der Teil der Bürger*innen, der sich nicht der autokratischen Herrschaft Stalins bedingungslos beugte (vgl. Dengg, 2003).

Das kommunistische System entwickelte sich zu einem totalitären politischen Regime, das den Menschen die Möglichkeit der Privatinitiative im öffentlichen Raum verwehrte. In dieser Zeit existierten sogenannte zivile (öffentliche) Organisationen, die Nachahmungen von zivilen Organisationen in demokratischen Ländern darstellten. Sie erfüllten jedoch nicht die grundlegendsten Kriterien von CSOs, da sie weder freiwillig noch unabhängig vom Staat waren (vgl. Evans, 2016). Unter diesen Umständen war jede Ausübung einer echten und unabhängigen zivilen Tätigkeit in der Regel gleichbedeutend mit einer offenen Herausforderung des politischen Regimes. Dies beinhaltete das Risiko einer schweren Bestrafung wie Tod oder langwierige Inhaftierung (vgl. Nodia, S. 12, 2005).

In der letzten Phase des Sowjetregimes, von den 1960er bis in die 1980er Jahre, ermöglichte die Lockerung des Regimes die Etablierung einer Dissidentenbewegung. Mitte der 1970er Jahre setzte sich eine erstarkende Dissidentenbewegung dafür ein, dass die georgische Sprache als Nationalsprache beibehalten werden konnte (vgl. Adloff, S. 11, 2005). Die Dissidentenbewegung in Osteuropa betrachtete sich selbst als eine Form der Zivilgesellschaft und förderte aktiv genau diesen Gedanken (vgl. Tchouikina, 2000). In Georgien jedoch wurde die Dissidentenbewegung nie stark. Außerdem waren die kleinen Gruppen, die sich bildeten, hauptsächlich von der Idee der nationalen Unabhängigkeit inspiriert und legten weniger Wert auf die Verbreitung liberaler Ideen. Andererseits wurden innerhalb der erlaubten Institutionen, insbesondere in der künstlerischen Intellektualität, leichte und verdeckte Abweichungen von der offiziellen Ideologie mehr oder weniger akzeptiert. Dennoch erlaubte der Staat nie die Gründung von alternativen, unabhängigen Bürgervereinen. Daher kann man in dieser Zeit nicht von rudimentären Institutionen der Zivilgesellschaft sprechen (vgl. Nodia, S. 12, 2005).

Die Wiedergeburt der Zivilgesellschaft in Georgien ist mit der Liberalisierung des sowjetischen kommunistischen Regimes in den späten 1980er Jahren verbunden, die durch die Perestroika- und Glasnost-Politik von Gorbatschow herbeigeführt wurde (vgl. Nodia, S. 13, 2005). Die ersten Ergebnisse dieser Politik in Georgien waren die Gründung unabhängiger politischer Gruppen und die allmähliche Abnahme der Kontrolle über die Medien (vgl. Oganjanyan, 2019) Der neue öffentliche Diskurs,

der von diesen Gruppen eingeführt wurde, stützte sich auf nationalistische und antikommunistische Ideen. Ihr Ziel war es, einen unabhängigen georgischen Staat zu errichten, der sich generell an westlichen Standards orientiert (vgl. Nodia, S. 13, 2005).

Die in dieser Zeit gegründeten zivilgesellschaftlichen Organisationen lassen sich durch mehrere Merkmale charakterisieren: Es gab keine Trennlinie zwischen politischen Parteien und nicht-politischen Organisationen. Organisationen basierten ihre Werte Nationalismus und Antikommunismus. Neue Vereine waren organisatorisch wenig entwickelt und hingen von kleinen Gruppen von Freiwilligen ab und erhielten manchmal, sporadisch, Beiträge von den Einheiten der privaten oder halbprivaten Wirtschaft (vgl. Nodia, S. 13, 2005).

Georgische Republik Gründung bis zur Rosenrevolution (1991 – 2003)

CSOs sind in Georgien nicht bottom-up als Arena für den Ausdruck der Vielfalt gesellschaftlicher Interessen entstanden, sondern aus der Konfrontation mit dem repressiven Staatssystem hervorgegangen. Es lassen sich generell vier Perioden im Verhältnis zwischen Regierung und zivilen Organisationen ausmachen (vgl. Nodia, S. 31 f., 2005): Aufbau (ca. 1992-1995), Kooperation und Konfrontation (1995-2001), Konfrontation (1999-2003). Zurück zu Kooperation und Konfrontation (nach der Rosenrevolution in 2003).

Im April 1991 stimmten die georgischen Bürger*innen in einem Referendum mit überzeugender Mehrheit für die nationale Unabhängigkeit des Kaukasusstaates. Bei den ersten öffentlichen und demokratischen Wahlen wurde der ultranationalistische Gamsachurdia zum neuen Präsidenten Georgiens vereidigt (vgl. Stefes, S. 40, 2006). Das Land war jedoch durch die großen Anforderungen, der Einführung eines demokratischen Politik- und Gesellschaftssystems, sowie der Umstellung auf eine freie Marktwirtschaft überfordert. Die internationale Isolation Georgiens, welche Gamsachurdia durch seine nationalistische Politik herbeiführte, verschaffte ihm eine zunehmende Unbeliebtheit. 1992 wurde Gamsachurdia gestürzt. (vgl. Dengg, S. 64, 2003).

Es fehlte Georgien und dem Südkaukasus eine regionale Zusammenarbeit (vgl. German, 2016). Auch die ethnischen Konflikte im Land verlangsamten die demokratischen Entwicklungen (vgl. Nishimura, 1999). Die anfängliche Schwäche der Zivilgesellschaft ermöglichte das Comeback der Alt-Kommunisten in der ersten Hälfte der 90er Jahre: Die Präsidenten der ersten Welle in den ehemaligen Sowjetstaaten wurden von ehemaligen Parteichefs abgelöst. Nachfolgender georgischer Präsident wurde der ehemalige sowjetische Außenminister Schewardnadse. Damit das Land nicht an den innerstaatlichen Konflikten zerbrach, trat er 1993 der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten bei, was die vertragliche Stationierung russischer Truppen auf georgischem Gebiet für 25 Jahre mit sich brachte. Außenpolitisch suchte Schewardnadse allerdings Anschluss an den Westen. So wurde

Georgien beispielsweise Mitglied der UNO und der KSZE, auch unterzeichnete er das europäische Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) im April 1996, sowie den Beitritt zum Europarat. Es folgten weitere Verträge mit der Europäischen Union in den anschließenden Jahren (vgl. Soghomonyan, 131f., 2007).

Seit Georgien seine Unabhängigkeit erlangte, begannen sich die demokratischen Länder Europas und Amerikas für die Förderung der Zivilgesellschaft in Georgien wie auch in anderen postkommunistischen Staaten zu interessieren. Aktive Personen und Gruppen der georgischen Gesellschaft erhielten ihrerseits Zugang zu neuen Ressourcen für ihre Initiativen. Dies veränderte das Umfeld für zivilgesellschaftliche Aktivitäten in Georgien drastisch. Es entstanden CSOs, die hauptsächlich von der finanziellen Hilfe westlicher Organisationen abhängig waren. Sie wurden zur Hauptform, in der zivilgesellschaftliches Engagement existierte (vgl. Nodia, S. 13f., 2005).

„Die nach 1989 intensiver gewordene Diskussion um internationale Nicht-Regierungs-Organisationen und eine transnationale Zivilgesellschaft hat einerseits mit dem Ende des kalten Krieges, der Auflösung der bipolaren Weltordnung und dem weltweiten Demokratisierungsschub zu tun, andererseits mit den Prozessen wirtschaftlicher Globalisierung, denen eine internationale Governance-Struktur entgegengehalten werden soll“ (Müller, S. 133 f., 2002).

Die Entwicklungspolitik im postsozialistischen Raum, die vor allem von den westlichen Industrienationen ausgeht, hält eine starke Zivilgesellschaft in den jeweiligen Ländern für unabdingbar auf dem Weg zur Demokratie. Internationale Institutionen, wie die UNO, haben die Entwicklung der Zivilgesellschaft als erstes Ziel gesetzt. Für die Weltbank und den Internationalen Währungsfond ist ein funktioneller Aufbau der Zivilgesellschaft die Voraussetzung für eine finanzielle Unterstützung (vgl. Treillet, S. 15, 2005). Der Dritte Sektor wurde dadurch jedoch abhängig von der Hilfe westlicher Stiftungen, was seine finanzielle Nachhaltigkeit zu einem langfristigen und ungelösten Strukturproblem machte (vgl. Nodia, S. 14., 2005).

Der neue Typus der Zivilgesellschaft weist eine Reihe von neuen Merkmalen auf. Es entstand eine klare Abgrenzung zwischen politischen Parteien und CSOs. In Bezug auf die Werteorientierung hatte die Förderung westlich-liberaler Prinzipien klare Priorität (vgl. Nodia, S. 14., 2005). Die Tätigkeitsfelder diversifizierten sich mit der Zeit: CSOs setzten sich für Demokratie und Menschenrechte, Frieden und Konfliktlösung, staatsbürgerliche Bildung oder den Umweltschutz ein. Auch das fachliche Niveau und die organisatorische Nachhaltigkeit der CSOs stiegen: Während einige Organisationen nur auf dem Papier existierten oder für die Durchführung von wenigen Projekten gegründet wurden und danach ihre Tätigkeit einstellten, gelang es Dutzenden von anderen CSOs, dank des umsichtigen

Einsatzes westlicher Finanzhilfen, einen festen Mitarbeiterstamm und nachhaltige, moderne Managementsysteme aufzubauen (vgl. ebd.). Auch Kooperations- und Synergiemechanismen zwischen den CSOs entwickelten sich: Die neuen Organisationen des Dritten Sektor und lernten, ihre Anstrengungen zu vereinen, um bestimmte Ziele zu erreichen. Stärker entwickelte CSOs gewannen ein gewisses Maß an öffentlichem und politischem Einfluss. Die Gesellschaft lernte den Dritten Sektor kennen und identifizierte ihn mit dem Schutz bestimmter Werte. Die CSOs entwickelten auch internationale Kontakte: Georgiens Dritter Sektor wurde Teil des globalen zivilgesellschaftlichen Netzwerks (vgl. Nodia, S. 14., 2005).

Die spezifischen **Herausforderungen für eine „neue Zivilgesellschaft“ im post-sowjetischen Georgien** werden von Croissant, Lauth und Merkel (vgl. S. 21, 2000) beschrieben. Sie sind der Meinung, dass Zivilgesellschaft in postkommunistischen Ländern aus vier Komponenten resultiert. Die stärksten Einflussfaktoren zur Bildung einer Zivilgesellschaft sind:

1. Die Institutionen und Strukturen autoritärer Regime
2. **Das soziokulturelle Erbe einer Gesellschaft**
3. Die ökonomischen Umweltbedingungen der Transformation und
4. Die internationalen Einflussfaktoren

Vor allem das soziokulturelle Erbe der georgischen Gesellschaft ist hier interessant, da es sich um geschichtliche Erfahrungen und die Kulturtraditionen einer Gesellschaft handelt. Diese Kulturtradition kann nach einer autokratischen Herrschaft umso leichter fortgeführt werden, je kürzer die Herrschaft währte. Die Relikte der Zivilgesellschaft aus der Zarenzeit sind also durch die lange Sowjet Herrschaft zerstört wurden (vgl. Croissant, Lauth & Merkel, S. 24, 2000). Diese können sich aber revitalisieren, wenn nationale Unabhängigkeit und somit Selbstbestimmung den öffentlichen Diskurs prägen. Die Gefahr besteht darin, dass die „zivilgesellschaftliche Kultur“ von der „nationalistischen Unkultur“ unterdrückt wird, was schlussendlich auch in Georgien geschehen ist (vgl. Croissant, Lauth & Merkel, S. 25, 2000).

Die **Zivilgesellschaftliche Reaktionen auf Korruption und Inflation** setze den Grundstein für die später folgende Rosenrevolution. Die Verfassung räumte dem georgischen Präsidenten eine besondere Stelle im Staatswesen ein: Wie fast alle ehemaligen Sowjetrepubliken führte Georgien eine Art Präsidialsystem ein, das dem Staatsoberhaupt erhebliche Macht verleiht (vgl. Stefes, S. 56, 2006). Es gab die Ansicht, dass das Land eine starke Führung benötigte, um den unsicheren Bedingungen in

Georgien zu begegnen. Tatsächlich schafften es Präsident Schewardnadse für eine stabilere Lage zu sorgen. Vetternwirtschaft und Korruption waren allerdings sehr verbreitet. Einflussreiche Gruppen, die sich teilweise aus der ehemaligen kommunistischen Machtelite rekrutierten, unterliefen das entstehende Staatssystem. Infolgedessen kam es in Georgien, wie in vielen anderen Transformationsstaaten, innerhalb kürzester Zeit zu einer starken monopolartigen Konzentration von Wirtschaftsgütern, was das Gesamtgewicht der Einflussgruppen weiter erhöhte. Durch Verbindungen dieser Gruppierungen in die höchsten Regierungskreise, sowie durch Lobbyarbeit und die Beziehung zu einflussreichen Beamten, entwickelte sich ein System der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen Politik und Wirtschaft (vgl. Gorziridse & Kandelaki, S. 68, 2004).

Gesetze, die diese Strukturen hätten unterbinden können, kamen nicht zur Ratifizierung, da sie die privilegierte Position dieser Personen und Gruppen geschwächt hätten. Durch dieses System der Vetternwirtschaft verringerten sich die Auslandsinvestitionen, da internationale Investoren nicht fähig waren auf dem georgischen Markt zu konkurrieren. Dadurch konnte das erwünschte und benötigte Wirtschaftswachstum nicht eintreten (vgl. Gorziridse & Kandelaki, S. 72ff., 2004).

Als Teil der Sowjetunion war Georgiens wirtschaftliche Kraft im Vergleich mit anderen Sowjetstaaten hoch. In den 1990er Jahren ging diese zurück, so dass das BIP 1995 nur noch 15% des BIPs von 1989 betrug. Das Arbeitskräftepotential wurde zu ca. 50% genutzt und es herrschte eine Hyperinflation (vgl. Dengg, S. 102, 2003).

Seit der Jahrtausendwende begann die Popularität der Regierung zu sinken, was mit einer Spaltung innerhalb der Regierung zusammenfiel: Ein jüngerer und reformorientierter Flügel der Regierung distanzierte sich von ihr und wurde zur führenden Kraft der Opposition. Dies führte zu wichtigen Veränderungen in der Beziehung zwischen den CSOs auf der einen Seite und der Regierung und den politischen Parteien auf der anderen Seite.

Vor dieser Zeit versuchte der Dritte Sektor sich vom politischen Kampf zu distanzieren. Unter den neuen Umständen, in denen die Regierung zunehmend zum Autoritarismus neigte, während die führenden Oppositionsparteien eine Orientierung an westlichen demokratischen Werten erklärten, entschieden sich einige aktivistische Organisationen für eine Strategie der Opposition zur Regierung. Formal bedeutete dies keine explizite Unterstützung für eine einzelne Oppositionspartei, aber tatsächlich schien der größte Teil des Dritten Sektors ein Verbündeter der prowestlichen Opposition zu sein (vgl. Nodia, S. 15., 2005).

Die Einmischung des Internationalen Währungsfonds, und die damit einhergehenden finanziellen Zuschüsse, brachte Georgien in eine strukturelle Abhängigkeit der international operierenden Finanzinstitutionen, führte aber kurzfristig zu einer wirtschaftlich stabileren Lage. 2003 führten jedoch die von der Weltbank initiierten neoliberalen Strategien Georgien zur Zahlungsunfähigkeit. Die

Ineffizienz der Reformprozesse, die wirtschaftlich katastrophale Lage und die damit einhergehende Unzufriedenheit der Bürger*innen waren ein erheblicher Grund für die Entstehung und schließlich den Ausbruch der Rosenrevolution (vgl. Soghomonyan, S. 31, 2006).

Rosenrevolution (2003)

Die Rosenrevolution entstand aus einer politischen Krise, die sich aus Vorwürfen manipulierter Wahlergebnisse der Parlamentswahlen im Jahr 2003 von Schewardnadses Partei entwickelte. Ein Großteil der Bürger*innen demonstrierte gegen die Regierung und ihre „korrupten Machenschaften“, die einen „funktionierenden Rechtsstaat in Georgien verhinderten“ (Stefes, S. 35, 2006). Entscheidende Akteure waren neben den Bürger*innen und der politischen Opposition auch zivilgesellschaftliche Gruppierungen und unabhängige Medien. Die Studentenorganisation „Kmara!“ (Genug!) unterstützten die oppositionellen Bestrebungen durch ca. 5000 Student*innen und leisteten durch die Mobilisation vieler Bürger*innen einen entscheidenden Beitrag (vgl. Stefes, S. 35, 2006).

Die Aktivist*innen wurden kurz vor dem Ausbruch der Revolution einer serbischen CSO in friedlicher Revolutionsführung geschult (vgl. Haindrawa, S. 37, 2004). Die Proteste verliefen ohne Ausbruch von Gewalt. Am 23. November trat Schewardnadse von seinem Präsidentenamt zurück. Der Oppositionspolitiker Michail Saakaschwili gab der Revolution ihren Namen, da er den Sturm auf das Parlament am 22. November mit einer Rose in der Hand anführte. Die Blume sollte die friedlichen Absichten demonstrieren. Saakaschwili wurde am 4. Januar 2004 mit 96% der Wählerstimmen zum neuen Präsidenten Georgiens gewählt (vgl. Nodia, S. 15., 2005). Die Gesellschaft sah ihrem demokratischen und pro-westlichen Kurs mit großen Erwartungen entgegen. Als oberste Ziele setzte sich Saakaschwili den Kampf gegen die verbreitete Korruption und die Schaffung nationaler Integrität durch die Beendigung der Konflikte mit den abtrünnigen Regionen Abchasien, Südossetien und Adjarien und ihre friedliche Angliederung an Georgien (vgl. Alschibaja, 2010). Saakaschwili und seine jungen Regierungsmitglieder, die nicht mehr wie die alte Elite kommunistisch geprägt waren, wurden von den Bürger*innen mit Euphorie begrüßt (vgl. Fischer & Halbach, 2012).

Nach allgemeiner Auffassung trugen die zivilgesellschaftlichen Organisationen jedoch wesentlich zum Erfolg der Rosenrevolution bei, auch wenn es unterschiedliche Einschätzungen über das Ausmaß ihres Beitrags gibt. Die Rolle der Zivilgesellschaft in der Rosenrevolution kann in einer Reihe von Punkten definiert werden (Nodia, S. 16, 2005):

- Die Zivilgesellschaft trug in hohem Maße zur De-Legitimierung des Schewardnadse-Regimes und zur Festlegung der Agenda für demokratische Reformen bei.

- Der organisierte und friedliche Charakter der Proteste.
- Die Aussprache der Behauptung, dass die Wahlergebnisse gefälscht wurden.

Während der Rosenrevolution erwiesen sich zivilgesellschaftliche Organisationen also als Schlüsselakteure bei der Förderung des Regimewechsels, da sie auf unangemessene Handlungen der Regierung reagierten, die Bürger*innen mobilisierten und die Wahlergebnisse als gefälscht darstellten. In dieser Zeit bauten zivilgesellschaftliche Organisationen enge Beziehungen zu den Massenmedien auf und schlossen nach Jahren der Distanzierung Allianzen mit politischen Parteien (vgl. Puig, 2016). Es folgten somit **unmittelbare Auswirkungen der Rosenrevolution auf CSOs und die Zivilgesellschaft**. In den ersten Monaten nach der Amtseinführung von Saakaschwili gab es Umstrukturierungen und Reformen im Bildungs-, Gesundheits- und Rechtssystem. Auch das Polizeisystem wurde mit finanziellen Hilfen der internationalen Gebergemeinschaft reformiert. Weiträumige Privatisierungen lockten ausländische Investoren an und die Wirtschaft wuchs. Somit konnte die staatliche Haushaltskasse in den ersten anderthalb Jahren nach Saakaschwilis Machtübernahme ansteigen. Dies und sein striktes Vorgehen gegen die institutionalisierte Korruption brachten ihm Vertrauen seitens der Bürger*innen ein (vgl. Soghomonyan, S. 33, 2006).

Eine Folge der Rosenrevolution war, dass die öffentliche Meinung einen Teil der Zivilgesellschaft mit der neuen Regierung assoziierte. Bis zu einem gewissen Grad war dies auch die Wahrnehmung der Gebergemeinschaft. Diese Wahrnehmung wurde dann durch die Tatsache verstärkt, dass CSOs zu einem der wichtigen Pools an Humanressourcen wurden, die von der neuen Regierung genutzt wurden. Diese Verbindung wurde zu einer Herausforderung für den Dritten Sektor (vgl. Nodia, S. 16 f., 2005).

Negative Folgen für den Dritten Sektor setzen ein, als die neue Regierung viele talentierte und qualifizierte Mitarbeiter*innen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen abzog. Dies schwächte die Kapazitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen stark, stellte aber auch ihre Daseinsberechtigung in Frage. Die Abwanderung von führenden Mitarbeitenden von zivilgesellschaftlichen Organisationen in die öffentliche Verwaltung galt als „Enthauptung“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen mit einem hohen Verlust an Kapazitäten und Führungsqualitäten, wodurch sich zivilgesellschaftliche Organisationen und Regierung nahekamen (vgl. Puig, 2016).

Die Zeit nach der Revolution war geprägt von einer offensichtlichen Abnahme der Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Sektors in der öffentlichen Wahrnehmung. Die Regierung glaubte, dass sie bereits einen großen Teil der besten menschlichen Ressourcen, die im Dritten Sektor vorhanden waren, absorbiert hatte und dass es weniger wichtig war, auf CSOs zu hören, zumal es der Regierung nicht an öffentlicher Unterstützung mangelte (vgl. Nodia, S. 17., 2005). Innerhalb der

Spendengemeinschaft herrschte die Meinung vor, dass die Finanzströme auf die neue Regierung umgeleitet werden sollten, da dies der kürzeste und effektivste Weg sei, das Ziel der demokratischen Entwicklung des Landes zu erreichen. Die Medien schenkten den von CSOs organisierten Veranstaltungen weniger Aufmerksamkeit, da sie diese Gemeinschaft nicht mehr als wichtigen unabhängigen Akteur betrachteten (vgl. ebd.).

Die überwiegende Mehrheit der georgischen Bürger*innen und die internationale Gemeinschaft betrachteten die Rosenrevolution als einen bedeutenden Meilenstein, der die Hinwendung Georgiens zu demokratischen Werten demonstrierte (vgl. Tsikhelashvili, S. 125, 2010).

5. RAHMENBEDINGUNGEN, AUSPRÄGUNGEN, ZAHLEN UND FAKTEN

In Georgien ist es nicht notwendig, rechtlich registriert zu sein, um gemeinnützige Aktivitäten und zivilgesellschaftliche Aktionen durchzuführen und dafür Fördermittel zu erhalten. Dies hat zu einer zivilgesellschaftlichen Landschaft geführt, die aus einer Vielzahl von formellen und informellen zivilgesellschaftlichen Organisationen besteht (vgl. Puig, 2016). Dabei wird jedoch übersehen, dass es in Georgien eine lange Tradition der gegenseitigen Nachbarschaftshilfe und lokaler Netzwerke gibt. Hilfe im Haushalt, Kinderbetreuung, Einkaufen für ältere Menschen und Nachbarschaftsinitiativen, die sich für die Umwelt oder Bürgerrechte einsetzen, sind Ausdruck von Gemeinschaftssinn und Hilfsbereitschaft - aber auch Zeugnis einer informellen, aber aktiven Zivilgesellschaft (vgl. Giese-
mann, 2021).

Die **Rahmenbedingungen** für die Zivilgesellschaft setzt der Staat, weil die Bürger*innen diesem das Mandat dazu erteilt haben. Der Staat ist darin aber nicht frei, sondern an die Grundprinzipien unserer Gesellschaft, an Verfassungen und völkerrechtliche Vereinbarungen, gebunden (vgl. Strachwitz, 2020).

Seit der Rosenrevolution und bis zu den Wahlen 2012 durchliefen die zivilgesellschaftlichen Organisationen eine Phase der Erneuerung, des Wiederaufbaus und der Selbstkontrolle. Ein Beweis dafür ist die wichtige Rolle, die zivilgesellschaftliche Organisationen, erneut verbündet mit politischen Parteien in der Opposition, bei der Verfolgung eines Regierungswechsels gespielt haben. Dies erreichten sie, indem sie ihre Stimme erhoben, die Bürger mobilisierten und friedliche demokratische Wahlen sicherstellten, indem sie bei den Wahlen 2012 eine unabhängige Wahlbeobachtung durchführten. Ihr Engagement hat zu einer Aufwertung von CSOs als „Treiber des politischen Wandels“ geführt (vgl. Puig, S. 16, 2016).

“CSOs in general play an important part in the political life of Georgia. A good example is their role in the peaceful transition of power in 2012. CSOs have actively participated in pre- and post-parliamentary election processes, including voter education, exit polls, nationwide monitoring operations on election days, and international assessments of election results.”
(ADB, S. 4f., 2020)

Heutzutage besteht die georgische Zivilgesellschaft hauptsächlich aus Organisationen in Form von Nonprofit Organisationen (NGOs) mit Sitz in Tbilisi und starken Verbindungen zu westlichen Entwicklungsagenturen (vgl. Mitchell, 2015). Da diejenigen Menschen, die für diese CSOs arbeiten, bevorzugt bestimmte Kriterien aufweisen müssen, wie die Beherrschung der englischen Sprache oder die Unterstützung der zu implementierenden liberalen Werte, folgt eine elitäre Abgrenzung dieser „Szene“, die sie für den Großteil der Bürger*innen noch unzugänglicher macht (vgl. Strasser-Camagni, S. 83, 2007). Andere Arten von CSOs sind Geschäfts- und Berufsverbände, glaubensbasierte Organisationen, Gewerkschaften und zunehmend auch Think Tanks und Forschungszentren (vgl. Puig, S. 17, 2016).

Im osteuropäischen Raum wird die gesamte Zivilgesellschaft inklusive der gemeinnützigen Organisationen und der gemeinwohlorientierten Aktivitäten von Bürger*innen dem Dritten Sektor zugeordnet (vgl. Salamon & Sokolowski 2016, S. 1525 f.).

Rechtliche und politische Rahmenbedingungen

Die georgische Verfassung (1995), das georgische Zivilgesetzbuch (1999), das Gesetz über Unternehmer (1994) und das georgische Steuergesetzbuch (2010) sind die wichtigsten Gesetze, die für zivilgesellschaftliche Organisationen gelten (vgl. ADB, 2020). Das Zivilgesetzbuch Georgiens ist eine zentrale Grundlage für die Gründung, Registrierung und den Betrieb von CSOs. Nach georgischer Gesetzgebung kann sowohl eine physische (Rechtsfähigkeit) als auch eine juristische Person Gründer*in einer NGO sein. In den Jahren 2006 und 2009 haben die Änderungen und Ergänzungen des Zivilgesetzbuches die Registrierungs- und Verwaltungsvorschriften wesentlich verändert. Nach dem derzeit gültigen Zivilgesetzbuch werden juristische Personen, die nicht gewinnorientiert tätig sind, als nicht-unternehmerische juristische Personen bezeichnet. Solche juristischen Personen werden nicht mehr in Vereine und Stiftungen unterteilt, wie es zuvor der Fall war (vgl. Lutsevych, S. 11, 2013). Öffentliche Gremien, die einen beratenden Status für nationale und lokale Regierungsbehörden haben, werden oft als eine Möglichkeit für die Bürger*innen angesehen, Beiträge zur Politikgestaltung zu leisten. Mit der Änderung des georgischen Selbstverwaltungsgesetzes im Jahr 2009 wurden die lokalen Behörden verpflichtet, die Bürger*innen in die Politikgestaltung einzubeziehen. Öffentliche Gremien und beratende Bürgerausschüsse, die sich auch aus Bürger*innen und CSO-Vertretern zusammensetzen, gibt es im Rathaus von Tbilisi und in einigen nationalen Ministerien - Die meisten existieren jedoch nur auf dem Papier (vgl. Lutsevych, S. 11, 2013).

Zivilgesellschaftliche Organisationen in Georgien verfügen über mehrere Plattformen für die Zusammenarbeit mit der Regierung und die organisierte Zivilgesellschaft bemüht sich um einen Dialog. Seit dem Regierungswechsel im Jahr 2012 hat sich das Umfeld für das Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Interessenvertretung, der Lobbyarbeit und der Verbesserung der allgemeinen Regierungsführung in Georgien, in Partnerschaft mit den verschiedenen Zweigen der Regierung verbessert. So unterzeichneten zivilgesellschaftliche Organisationen im Dezember 2013 eine Absichtserklärung mit dem georgischen Parlament, um die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Regierung zu verbessern (vgl. ADB, 2020).

Thematische und inhaltliche Ausprägungen der Tätigkeiten

Die Tätigkeitsbereiche von CSOs in Georgien sind vielfältig. Die am weitesten verbreiteten sind die Themen Menschenrechte, Unterstützung der Demokratie und der Zivilgesellschaft, Umweltschutz, Frauenfragen, Kinder- und Jugendfragen, Jugendprobleme, Gesundheitsversorgung, Unterstützung der Staatsreform, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, Unterstützung der lokalen Selbstverwaltung und Vertriebenenprobleme. Die Regionen unterscheiden sich im Bereich der Aktivitäten. Die meisten Organisationen in Tbilisi beschäftigen sich mit dem Schutz der Menschenrechte, der Unterstützung von Demokratie und Zivilgesellschaft, Konfliktlösung und Frauenfragen. Gruppen, die sich mit Menschenrechten beschäftigen, sind fast in allen Regionen aktiv. Für Organisationen, die außerhalb der Hauptstadt tätig sind, stehen oft Fragen der lokalen Regierung im Vordergrund (vgl. Nodia, S. 19, 2005).

Zivilgesellschaft und Kirche

Die Mehrheit der benachteiligten Bürger*innen, die nicht über die Mittel und das Wissen verfügt, sich an den öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen, wendet sich an die orthodoxe Kirche Georgiens (GOC), um sich zu orientieren. Die GOC stellt einen immer stärker werdenden Akteur in der Zivilgesellschaft dar, der vom liberal gesinnten Teil der Zivilgesellschaft lange Zeit vernachlässigt wurde. Im Laufe der Jahre hat das GOC seinen Einfluss gegenüber dem säkularen Staat und der breiteren Gesellschaft deutlich erhöht und verfügt über die Autorität und Fähigkeit, unabhängig zu handeln.

Die GOC verfügt über eine starke Mobilisierungskapazität in Georgien. Sie hat eine selbsternannte moralische Autorität über viele Aspekte des gesellschaftlichen Lebens und der Staatsführung. Sie ist die vertrauenswürdigste Institution und ein mächtiger Meinungsmacher: Der Grad des Vertrauens in religiöse Institutionen liegt in Georgien bei 88% (vgl. Caucasus Research & Resource Center, 2011).

Dank dieses Vertrauens und einer starken sozialen Ausstrahlung können religiöse Institutionen eine Rolle bei der Entwicklung der Zivilgesellschaft spielen. Lokale Kirchengemeinden haben damit begonnen, freiwillige Aktionen zu weltlichen Themen wie soziale Ungleichheit, öffentliche Gesundheit und Jugendarbeit zu fördern. Religiöse Wohltätigkeitsorganisationen wie die International Orthodox Christian Charities, sowie lokale religiöse Vereinigungen spielen eine aktive Rolle bei der Behandlung von Problemen wie Alkoholabhängigkeit und bieten Unterstützung für gefährdete Personen. Die Rolle der Kirche ist auch darüber hinaus von Bedeutung, indem sie bestimmte politische Themen befürwortet und politische Parteien unterstützt (vgl. Lutsevych, S. 9, 2013).

Der Raum für den öffentlichen Diskurs wird daher häufig von politischen und religiösen Akteuren beherrscht. Die Macht der orthodoxen Kirche in nicht-religiösen Angelegenheiten ist in Georgien deutlich. Religiöse Führer dominieren den öffentlichen Diskurs zu verschiedenen Themen in einer Weise, die in westlichen säkularen Gesellschaften als inakzeptabel, in Georgien jedoch als normal gilt. Während in westlichen Gesellschaften eine Vielzahl von Standpunkten zum Ausdruck gebracht und im öffentlichen Raum debattiert wird, finden die Beratungen in Georgien zwischen der Regierungspartei, der Opposition und dem religiösen Establishment statt (vgl. Lutsevych, S. 9, 2013).

Der Wunsch der orthodoxen Kirche, die Pride Parade zu verhindern, finden in der breiten Öffentlichkeit Georgiens Anklang. In Gesellschaften, die homogen und nicht mit Vielfalt konfrontiert sind, herrscht eine negative und oft intolerante Haltung gegenüber Menschen anderer Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung. Insbesondere Homosexualität wird weitgehend verurteilt: In Umfragen gaben 93% der Befragten in Georgien an, dass sie keine Homosexuellen als Nachbarn haben möchten (vgl. Lutsevych, S. 9, 2013). Diese, von verschiedenen Faktoren, aber auch der orthodoxen Kirche beeinflusste Stimmung der Gesellschaft, dient als Grundlage für die Situation, in der sich die queeren CSOs in Georgien heute befinden.

Bewertung des Dritten Sektors in Georgien

Der Civil Society Organization Sustainability Index (CSOSI) bewertet die Fähigkeit der Zivilgesellschaft, sowohl als kurzfristiger Partner bei der Umsetzung von Entwicklungslösungen als auch als langfristiger Akteur bei der Sicherstellung der Nachhaltigkeit von Entwicklungsergebnissen zu dienen. Diese Ressource ermöglicht es der lokalen Zivilgesellschaft, das Umfeld, in dem sie agiert, und ihre Fähigkeit, sich für die Bürger*innen einzusetzen, nachhaltig zu arbeiten und mit ihnen zu kommunizieren. Der Index befasst sich sowohl mit Fortschritten als auch mit Rückschlägen in sieben Schlüsselkomponenten: Rechtliches Umfeld, organisatorische Kapazität, finanzielle Tragfähigkeit, Interessenvertretung, Dienstleistungsangebot, sektorale Infrastruktur und öffentliches Image (vgl. U.S. Agency for International Development, 2019).

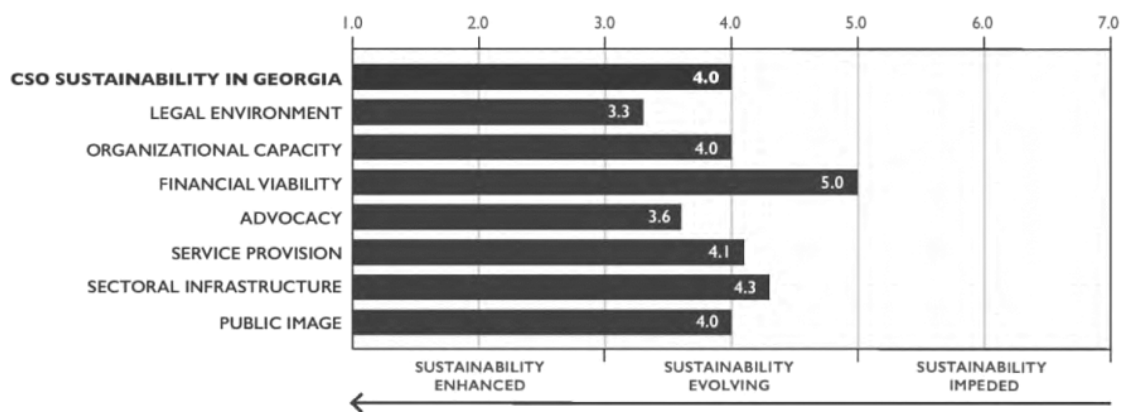


Abbildung 1: The 2019 CSO Sustainability Index für Georgien, Quelle: U.S. Agency for International Development, 2019

Während die durchschnittliche Bewertung der Nachhaltigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Eurasien die niedrigste in Mittel- und Osteuropa und Eurasien ist, weisen die einzelnen Bewertungen der Nachhaltigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Subregion eine große Bandbreite auf.

EURASIA CSO SUSTAINABILITY

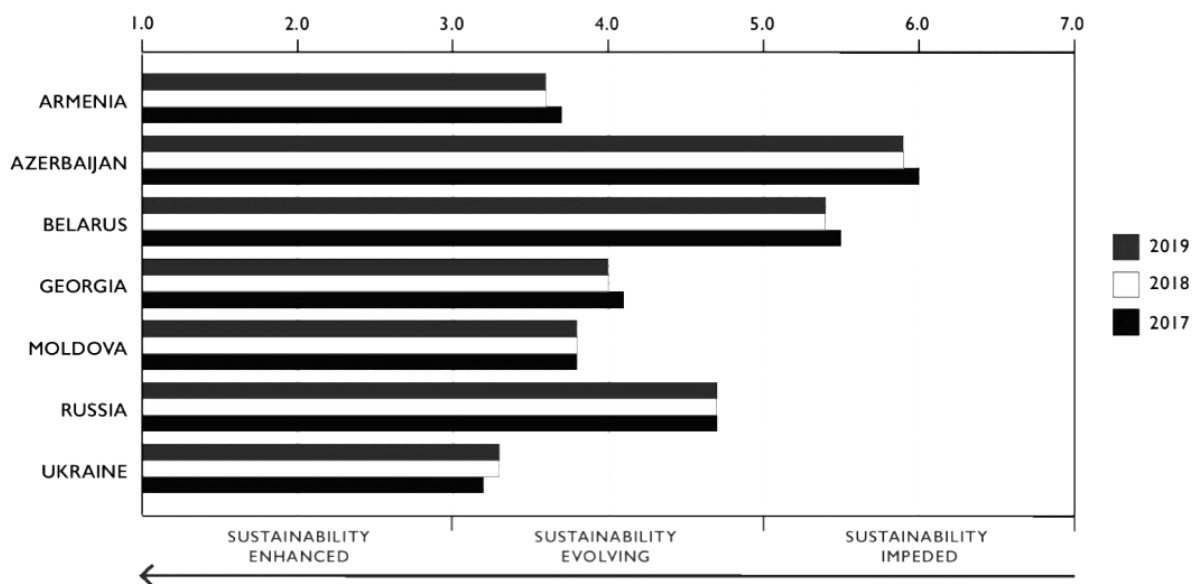


Abbildung 2: The 2019 CSO Sustainability Index für Eurasien, Quelle: U.S. Agency for International Development, 2019

In den Berichten für Georgien und Russland wurden sowohl positive als auch negative Entwicklungen festgestellt. In Georgien hat sich die Interessenvertretung verbessert, wobei Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen als wichtige Fürsprecher und Meinungsbildner fungieren, die häufig die nationale Berichterstattung beeinflussen und ihr Fachwissen über verschiedene Medienkanäle verbreiten. Gleichzeitig verschlechterte sich das öffentliche Image des Sektors, da die negative Rhetorik der Regierung das Vertrauen der Öffentlichkeit in zivilgesellschaftliche Organisationen weiter erschütterte (vgl. U.S. Agency for International Development, 2019).

Laut CIVICUS Monitor wurden die Länder der Eastern Partnership Countries in Bezug auf die Situation des Civil Space in vier verschiedene Gruppen eingeteilt. Keines der Länder hat einen „offenen“ zivilgesellschaftlichen Raum, allerdings hat Georgien im Vergleich die beste Situation und wird als „eingengt“ kategorisiert (vgl. Ayvazyan, S. 13, 2020). Im Allgemeinen wird die Vereinigungsfreiheit in anderen Ländern der Eastern Partnership in Bezug auf die gesetzliche Regelung respektiert (vgl. CIVICUS Monitor, 2019).

6. AKTUELLE TRENDS UND ENTWICKLUNGEN

Seit der Rosenrevolution sind mehrere Entwicklungstendenzen im Dritten Sektor Georgiens zu beobachten.

Entwicklungstendenz: Fehlender Bedarf und stagnierende Relevanz von CSOs

Durch den erfolgreichen Ablauf der Geschehnisse im Jahr 2003 hat sich eine Euphorie innerhalb der Gesellschaft entwickelt, die viel Vertrauen in die neue Situation und Regierung mit sich brachte. Somit wurde die neue Landesführung in ihrem Handlungsraum nicht genügend eingeschränkt. Zusätzlich blieb die Verantwortung für den weiteren Entwicklungsprozess bei der Regierung. Dadurch, dass die gesellschaftlichen Ziele des demokratischen Staates erreicht zu sein schienen, hat die organisierte Zivilgesellschaft den Boden ihrer Sinngebung verloren, gegen die bestehenden Strukturen zu kämpfen (vgl. Alschibaja, S. 78, 2010).

Entwicklungstendenz: Digitalisierung, Internet und soziale Netzwerke

Die georgischen Bürger befinden sich in einem Individualisierungsprozess, der durch das Internet und den Kontakt mit dem Westen vorangetrieben wird und auch die sukzessive Loslösung von traditionellen Strukturen zur Folge hat. Dies ist vor allem bei den jüngeren Bürger*innen zu erkennen. Hier verändern sich die sozialen Organisationsformen (vgl. Reisner, S. 106, 2004).

Die sozialen Medien spielten ebenfalls im Zusammenhang mit den Protesten im Jahr 2019 eine zentrale Rolle bei der Steigerung des öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Bewusstseins. Obwohl oppositionelle Fernsehsender Informationen über die Proteste lieferten, wurden diese hauptsächlich über Social-Media-Plattformen, insbesondere Facebook, organisiert (vgl. Nations in Transit, 2020).

Entwicklungstendenz: Wechsel von Mitarbeiter*innen von CSOs in den öffentlichen Dienst oder die Regierung

Diejenigen Aktivist*innen, die in der Rosenrevolution besonders aktiv waren, haben mit der Durchsetzung ihres Zieles, einer neuen, prodemokratischen Regierung an die Macht zu helfen, einen Job in eben dieser Regierung angeboten bekommen. Auch wenn der Abzug einiger wichtiger zivilgesellschaftlicher Akteure in die neue Regierung nach der Rosenrevolution als normales Verfahren bezeichnet wurde, führte dies zu einer Schwächung der zivilgesellschaftlichen Kraft und folglich zu einer schwindenden Legitimität der Regierung von Seiten der Bürger*innen (vgl. Alschibaja, S. 79, 2010).

Entwicklungstendenz: Starke Bindung zum und Abhängigkeit vom westlichen Ausland

Die georgische Zivilgesellschaft besteht nach wie vor zu einem großen Teil aus westlich unterstützten Nonprofit Organisationen. Dies kann dahingehend bemängelt werden, dass diese größtenteils noch immer aus dem Ausland beeinflusst werden (vgl. Alschibaja, S. 80, 2010). Die inhaltliche Schwerpunktlegung von CSOs und der organisierten Zivilgesellschaft in Georgien kann also durch eine „westlichen Finanzierung“ gelenkt werden. Da die CSOs keine breiteren Teile der Gesellschaft repräsentieren, verfolgen sie oft eine Agenda, die nicht direkt mit den Bedürfnissen der Bürger*innen übereinstimmt. Daher genießen zivilgesellschaftliche Organisationen und andere Interessengruppen in der breiteren Gesellschaft kein großes Vertrauen (vgl. Reisner, 2018). Dies ist eine Besonderheit des georgischen Dritten Sektors.

Entwicklungstendenz: Weiterentwicklung von Protestbewegungen

Nachdem die Saakaschwili-Regierung mehrere Jahre nach der Rosenrevolution ihre Versprechen zum Großteil nicht einhalten konnte, der Konflikt zu Russland um die secessionistischen Gebiete Abchasien und Südossetien sich zuspitzte, die Anti-Korruptions-Kampagne ins Stocken geriet und viele Georgier*innen weiterhin in armen Verhältnissen lebten, kam es wieder zu Protesten gegen die Regierung der ehemaligen Revolutionsführer.

Im **November 2007** kam es, nach Monaten der Spannungen an der georgisch-russischen Grenze, zu tagelangen Protesten zehntausender Oppositionsanhänger*innen. Fünf Tage lang ließen die Behörden die Demonstrant*innen gewähren. Im Anschluss an eine Kundgebung mit mehr als 50.000 Teilnehmern hielten die Regierungsgegner*innen den gleichen Platz besetzt, auf dem der Sturz von Saakaschwilis Vorgänger Schewardnadse während der Rosenrevolution vor vier Jahren begann. Die Proteste der Regierungsgegner*innen richteten sich gegen den, ihrer Meinung nach, autoritären Regierungsstil des neuen Präsidenten. Die Oppositionsführer, die CSOs und der georgische Bürgerbeauftragte übten scharfe Kritik am Vorgehen der Regierung. Der Polizei wurde Übertreibung vorgeworfen, und es wurde behauptet, dass auch Gruppen von organisierten Zivilisten an der Niederschlagung der Proteste beteiligt waren.

Der Kaukasuskrieg war ein Konflikt zwischen Georgien, Russland und den von Russland unterstützten selbsternannten Republiken Südossetien und Abchasien, der im **August 2008** stattfand, nachdem sich die Beziehungen zwischen Russland und Georgien, die beide früher Teilrepubliken der Sowjetunion waren, verschlechtert hatten (vgl. Lukjanov, 2008). Während des Krieges fanden in der ganzen Welt Demonstrationen statt, um gegen den russischen Einmarsch in Georgien zu protestieren. Die größte Beteiligung an pro-georgischen Demonstrationen gab es in den baltischen Staaten, wo Tausende protestierten, während in Russland und Serbien große pro-russische Lager zu beobachten waren (Dembinsk, Schmidt, Schoch & Spanger, 2008).

Im **April 2009** fand in Georgien eine Massenkundgebung einer Koalition von Oppositionsparteien gegen die Regierung von Präsident Saakaschwili statt. Tausende von Menschen demonstrierten ab April 2009 vor allem in der Hauptstadt Tbilisi und forderten den Rücktritt von Saakaschwili. Die Proteste wurden über drei Monate lang fortgesetzt. Obwohl die Proteste zunächst friedlich verliefen, kam es zu Zwischenfällen zwischen der georgischen Polizei und den Demonstranten. Bei Protesten im **Mai 2011** handelte es sich um eine weitere Reihe von regierungskritischen Protesten in Georgien gegen Präsident Saakaschwili (vgl. Aydin, 2012).

Der größte Schlag für die demokratische Entwicklung Georgiens im **Juni 2019** war die gewaltsame Auflösung der regierungsfeindlichen Proteste. Diese Demonstrationen brachen spontan aus, nachdem ein Mitglied der russischen Duma bei einem Besuch auf dem Stuhl des georgischen Parlamentspräsidenten gesehen wurde (vgl. Nations in Transit, 2020). Ein Novum im Zusammenhang mit den Protesten war die zentrale Rolle der sozialen Medien bei der Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Förderung des bürgerlichen Bewusstseins. Nach den Demonstrationen wurden die Jugendbewegungen Gegenstand einer gezielten Diskreditierungskampagne auf Facebook (vgl. Freedom House, 2020).

Zusammenfassend lässt sich, wie auch schon bei der Bewertung des Dritten Sektors in Georgien feststellen, dass das Image des Dritten Sektors in Georgien paradoxerweise unter dem Erfolg der Rosenrevolution nachhaltig zu leiden scheint: Der Bedarf und die Relevanz der Arbeit nimmt dadurch weiter ab, dass ein Etappenziel erreicht wurde. Durch den Weggang von Schlüsselakteur*innen der organisierten Zivilgesellschaft verloren die CSOs auch in der Außendarstellung wichtige Personen. Auch die Finanzierung aus dem Ausland und der damit verbundene Vorwurf der Unselbstständigkeit vergrößern die Diskrepanz zwischen Gesellschaft und Drittem Sektor. Insbesondere für queere CSOs stellt dies eine schwierige Voraussetzung dar.

7. DIE SITUATION VON QUEEREN CIVIL SOCIETY ORGANISATIONEN IN GEORGIEN

„Tbilisi Pride march cancelled after far-right attack on headquarters: Event in Georgian capital cancelled after protesters storm activists' headquarters and attack journalists“ titelt der Guardian (UK) im Juli 2021. Die georgische Pride-Veranstaltung wurde abgesagt, nachdem rechtsextreme Demonstranten das Hauptquartier der queeren Aktivist*innen gestürmt und Journalist*innen angegriffen hatten. Der georgische Premierminister gab der Veranstaltung und den Organisator*innen selbst die Schuld. Auf Videos und Fotos war zu sehen, wie queerfeindliche Demonstrant*innen ein dreistöckiges Gebäude erklimmen, um in das Hauptquartier des Tbilisi Pride-Marsches einzudringen, während Männer in Priesterkleidung auf Journalisten einschlugen und sie traten, wobei bis zu 20 Personen verletzt wurden. Viele CSOs¹⁹ schlossen sich der Forderung der georgischen Medienvertreter*innen an, dass die Regierung unverzüglich zurücktreten sollte. Die unterzeichnenden Organisationen forderten ebenfalls die Strafverfolgung aller Organisator*innen, Teilnehmer*innen und Anstifter*innen der Gewalt.

Fraglich ist, warum sich queere CSOs in Georgien in einer solch schwierigen Situation befinden, wie sich der Kontext ihrer Arbeit in den vergangenen Jahren, seit der Rosenrevolution, verändert hat und welche Entwicklungstendenzen Einfluss auf ihre Situation nehmen.

Situation der queeren Community und von queeren Menschen in Georgien

Die Diskurse über die queere Gemeinschaft in Georgien haben sich mehrfach verschoben: Bis in die 2000er Jahre war die dominante Prämisse, dass es keine queeren Georgier gibt und queere Menschen nur im Ausland existieren. Es war die Zeit der kompletten Verleugnung und Tabuisierung des Themas. In der nächsten Phase wurde die Existenz von queeren Menschen widerwillig anerkannt, aber sie wurden als „krank“ gebrandmarkt. Die dritte Runde des Diskurswandels war geprägt von der Etikettierung von queeren Menschen als „unmoralisch“.

In seiner Kritik an dem Ansatz, queer sein als Krankheit zu betrachten, betont Beka Gabadadze von der NGO LGBT-Georgia: „Leider fehlt es in der Gesellschaft an Informationen zu diesem Thema. Fragen, die mit LGBT zu tun haben, liegen im Bereich der sozialen und nicht der klinischen Fragen. Das Hauptproblem in unserer Gesellschaft ist die Homophobie“ (vgl. Gabadadze, 2016).

¹⁹ Georgian Democracy Initiative (GDI), Governance Monitoring Center (GMC), Sapari Society and Banks, Media Development Fund, (MDF) Georgia's Reforms Associates (GRASS), The Institute for Development of Freedom of Information (IDFI), Economic Policy Research Center (EPRC), Human Rights Center (HRC), Social Justice Center, Atlantic Council of Georgia, Georgian Young Lawyers' Association (GYLA), Transparency International Georgien (TI Georgien), Internationale Gesellschaft für faire Wahlen und Demokratie (ISFED), Zentrum für Forschungsjournalismus und Wirtschaftsanalyse, UN Association of Georgia (UNAG), Green Alternative, Tbilisi Pride, Democracy Research Institute (DRI), The Georgian Charter of Journalistic Ethics, Center EMPATHY, Free Russia Foundation in South, Europe Foundation, Open Society Georgia Foundation und Rondeli Foundation.

Queerfeindlichkeit²⁰ existiert in Georgien in unterschiedlichen Formen, die zu physischer Gewalt und sogar zu Mord führen. Es gibt keine offiziellen Statistiken, physische Angriffe auf queere Menschen sind jedoch häufig. Gleichzeitig schaffen es mittlerweile einige durch Queerfeindlichkeit motivierte Verbrechen in die offiziellen Aufzeichnungen (vgl. Mestvirishvili et al, 2017).

Aufgrund des Fehlens offizieller Statistiken führten CSOs eigene Studien durch, die eine Prävalenz von physischer und psychischer Gewalt, Einschüchterung und Mobbing gegenüber queeren Personen zeigen. Eine 2012 von der Women's Initiatives Supporting Group (2012) durchgeführte Studie zum Thema Diskriminierung ergab, dass 32% der Befragten innerhalb der letzten zwei Jahre mindestens einmal körperlicher Gewalt ausgesetzt waren. Die häufigste Form der körperlichen Gewalt ist das Schlagen mit 58% der Vorkommnisse. 11% erlebten sexuellen Druck. 73% der Befragten haben diese Übergriffe nie bei der Polizei angezeigt. Dies ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen: Die Ineffizienz und die Angst vor homophoben Reaktionen der Polizei. Manchmal hielten die Befragten den Vorfall nicht für ernst genug, um sich an die Polizei zu wenden. Darüber hinaus waren 46% derjenigen, die sich an die Polizei wandten, unzufrieden mit ihrer Entscheidung, da sie tatsächlich mit einer homophoben Reaktion der Polizei konfrontiert wurden. 89% der Befragten waren psychischer Gewalt ausgesetzt. 75% der Befragten haben diese Erfahrung drei oder mehr Mal gemacht, 12% zweimal und 13% einmal. Als häufigste Formen psychischer Gewalt nannten die Befragten Beschimpfungen, Spott und abfällige Kommentare. Einige erhielten hasserfüllte Briefe (vgl. Women's Initiatives Supporting Group, 2012).

Nach der gewaltsamen Zerschlagung einer kleinen, genehmigten Kundgebung zur Feier des Internationalen Tages gegen Homophobie (IDAHO) im Mai 2013 durch eine massive Gegendemonstration von etwa 30.000 Menschen, darunter orthodoxe Geistliche, gab es keine öffentlichen Äußerungen zur Verteidigung von sexuellen Minderheiten oder der Versammlungsfreiheit (vgl. Reisner, 2018).

Im Jahr 2015 hat die WISG eine Studie zu den Gesundheitsbedürfnissen von queeren Personen durchgeführt. Die Umfrage umfasste auch Fragen zu physischem und psychischem Druck. Die Studie zeigte, dass trotz der Verbesserungen im Vergleich zu 2012 immer noch 20% körperliche Gewalt erlebten und 68% psychischem Druck und Gewalt ausgesetzt waren (vgl. Women's Initiatives Supporting Group, 2015). 2017 wurde der Kapitän der Fußballnationalmannschaft stigmatisiert und zum Rücktritt aufgefordert, weil er bei einem Spiel für einen niederländische Club eine

²⁰ Bei Homophobie handelt es sich nicht um eine Phobie (Angst). Während Menschen mit Phobien die angstauslösenden Situationen strikt zu vermeiden versuchen, suchen homophobe Menschen Homosexuelle und deren Lebenswelten oft gezielt auf, um ihnen aggressiv zu begegnen. Queerfeindlichkeit fasst die verschiedenen Formen von sozialer Ausgrenzung, Diskriminierung, Nichtwahrnehmung und Gewalt zusammen, mit denen Menschen oftmals auf Grund ihrer homosexuellen Lebensweise konfrontiert sind. Homophobie ist also keine Angst, sondern eine feindselige aggressive Haltung. Daher wird hier und folgend das Wort „Queerfeindlich“ genutzt.

regenbogenfarbene Kapitänsbinde trug (vgl. Freedom House, 2018). Dies verdeutlicht die Fragilität der Zivilgesellschaft im westlichen Sinne im georgischen Umfeld. Neben anfänglichen Fortschritten bei der zivilgesellschaftlichen Integration ethnischer und religiöser Minderheitengruppen auf der Ebene der Zivilgesellschaft durch entsprechende CSOs, die eine unzureichende Durchsetzung wesentlicher verfassungsmäßiger Rechte für religiöse und sexuelle Minderheiten feststellten, wurde die öffentliche Stimmung gegenüber bestimmten Minderheiten durch „nativistische“ Organisationen angeheizt (vgl. Nodia, S. 25, 2017).

Einordnung der Situation von queeren CSOs in den Kontext des georgischen Dritten Sektors

Derzeit gibt es nur wenige CSOs, die in Georgien zu **queeren Themen** arbeiten, einflussreiche CSOs sind die Vereinigung Femida, LGBT-Georgia, Identoba und for Women's Initiatives Supporting Group. Darüber hinaus gibt es NGOs, die rechtlichen Beistand leisten und bei Gesundheitsfragen helfen: Das Human Rights Education and Monitoring Center, die Georgian Young Lawyers' Association und die NGO Tanagdoma.

In Georgien genießen Organisationen meist ihr **Recht auf Vereinigung**, allerdings wird das Recht gelegentlich von anderen gesellschaftlichen Akteur*innen verletzt, insbesondere wenn es um queere Organisationen geht. Diese Gruppen erhalten Drohungen und erleben sogar gewalttätige Angriffe (vgl. Ayvazyan, S. 16, 2020). Zum Beispiel wurde 2016 das Büro von Identoba in Brand gesetzt und die Ermittlungen haben niemanden dafür zur Rechenschaft gezogen (vgl. CIVICUS Monitor, 2019).

Darüber hinaus ist ein neues Phänomen von **Gegendemonstrationen** aufgetreten, welches insbesondere die Meinungs- und Versammlungsfreiheit von Minderheiten behindert. Sexuelle Minderheiten sind nicht vor Gewalt geschützt, wie das Beispiel aus dem Jahr 2013 zeigt, als 28 Menschen verletzt wurden (vgl. Reisner, 2018). Obwohl Maßnahmen zur Beseitigung von Diskriminierung ergriffen wurden, ist ein angemessener Schutz von queeren Aktivisten bei Versammlungen immer noch ein Problem (vgl. Ayvazyan, S. 18, 2020).

Die **rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen** für queere CSOs unterscheiden sich formell nicht von denjenigen, anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen. Dennoch ist aus den vorherigen Ausführungen zu erkennen, dass die Rahmenbedingungen und Rechte nicht ausreichend von der Exekutive und Judikative geschützt scheinen. Ein rechtlicher Rahmen ist daher keineswegs unerlässlich, und die Verabschiedung des Gesetzes zur Beseitigung aller Formen von Diskriminierung (Mai 2014) war ein Schritt in diese Richtung, da die Bekämpfung von Diskriminierung als eine Priorität auf staatlicher Ebene anerkannt wurde (vgl. Mestvirishvili et al, 2017).

Zwar gibt es in Georgien keine ausdrücklich **queerfeindliche Gesetzgebungen** – wie etwa das in Russland 2013 verabschiedete Gesetz gegen die Propaganda von Homosexualität – doch sind traditionelle Geschlechterrollen und Familienbilder tief verwurzelt (vgl. Wiebe, S. 99 f., 2013). Die negativen Einstellungen und gewalttätigen Handlungen gegenüber sexuellen Minderheiten machen deutlich, dass das Problem auf einer tieferen Ebene im Verständnis und der **Akzeptanz der Menschenrechte und liberalen Werte** liegt. Solche Haltungen könnten Georgien im Prozess der Demokratisierung und der europäischen Integration vor zusätzliche Herausforderungen stellen (vgl. Mestvirishvili et al, 2017).

Die **georgisch-orthodoxe christliche Kirche** spielt weiterhin eine führende Rolle, wenn es darum geht, queere Antidiskriminierungsfragen auf der politischen Agenda der georgischen Regierung, die derzeit von der Koalition "Georgischer Traum" angeführt wird, in den Hintergrund zu rücken. Diese Einschätzung wird von prominenten Menschenrechtsgruppe geteilt und diese bezeichnen die Kirche als integralen „politischen Akteur“ in Georgien (vgl. Kennedy, 2016). Queerphobie ist ein ernstes Problem in Georgien. Politiker*innen, die Zivilgesellschaft und Vertreter*innen internationaler Organisationen haben die Gewalt und insbesondere die orthodoxe Kirche verurteilt, aber die Untersuchung von Fällen von Gewalt geht nur langsam voran (vgl. Mestvirishvili et al, 2017).

Wie auch in Russland (vgl. Hummel & Priller, 2020) muss in Georgien die **Digitalisierung und der Aufschwung der sozialen Medien** betrachtet werden. Dabei stellt sich ebenfalls die Frage, zu welchen negativen Auswirkungen das Internet führen kann. Hetze in sozialen Medien ist ein echtes Problem mit realen Folgen. Trotz der ständigen Bemühungen der Social-Media-Plattformen, Hassbeiträge zu moderieren, zu kennzeichnen und zu verbieten, werden sie immer noch mit einer großen Menge an hasserfüllten Inhalten überflutet. Hassreden im Allgemeinen und beleidigendes Material im Internet im Besonderen sind nicht leicht zu definieren und können ein breites Spektrum an Ausdrucksformen umfassen (vgl. Ștefăniță & Buf, 2021). Der Bericht des fünften Jahresberichts der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz weist darauf hin, dass Hassreden gegen LGBTI in den georgischen Medien, einschließlich der Massenmedien, Facebook, Online-Foren und anderen Medien, häufig verwendet werden (vgl. European Commission Against Racism and Intolerance, 2015). Fehlinformationen und Hetze gegen queere Menschen in den sozialen Medien können somit ebenfalls in Georgien beobachtet werden (vgl. Stähle, 2015).

Fraglich ist ebenfalls, ob es eine **fehlende „Bürgernähe“ der queeren CSOs** in Georgien gibt. Der Queer-Aktivismus in Georgien ist keine Basisbewegung, wie sie einst in Westeuropa und den USA existierte, sondern ein von oben gesteuertes (top-down) Phänomen, das eng mit dem NGO-Sektor

und der internationalen Gebergemeinschaft, also Spenden aus Europa und den USA, verbunden ist. Damit einher geht die **Finanzierungsstruktur** der georgischen queeren CSOs – und die damit bestehende Abhängigkeit von der internationalen Gebergemeinschaft. Beispielsweise werden die Inclusive Foundation oder die „Identoba“ durch die ILGA Europe unterstützt – eine Organisation, die wiederum zu einem Drittel durch die Europäische Union finanziert wird (vgl. Berianidze, 2014).

Nicht nur Teile der georgischen Bürger*innen wenden sich nach Westen: Bekanntermaßen strebt Georgien eine **Mitgliedschaft in der Europäischen Union** an. Im November 2013 paraphierte Georgien ein Assoziierungsabkommen mit der EU im Rahmen der Östlichen Partnerschaft. Die Abkommen wurden im Juni 2014 in Brüssel unterzeichnet. Das Assoziierungsabkommen mit Georgien wurde bereits von allen Mitgliedstaaten sowie vom Europäischen Parlament und vom Rat der Europäischen Union ratifiziert und ist im Juli 2016 vollständig in Kraft getreten. Georgien geht damit eine Reihe von Verpflichtungen in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Grundfreiheiten, verantwortungsvolle Staatsführung, Marktwirtschaft und nachhaltige Entwicklung ein.

Im Artikel 349 des Assoziierungsabkommens sichert die georgische Regierung eine Zusammenarbeit in der Chancengleichheit und der Bekämpfung von Diskriminierung zu, „mit dem Ziel, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und die Chancengleichheit von Männern und Frauen zu gewährleisten sowie Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen“ (vgl. Fix, 2014).

Als Reaktion auf die Angriffe im Juli 2021 wurde eine gemeinsame Erklärung von den Vereinten Nationen in Georgien, der Delegation der Europäischen Union in Georgien, den Botschaften Deutschlands, Österreichs, Belgiens, Kanadas, der Tschechischen Republik, Estlands, Finnlands, Frankreichs, Griechenlands, Israels, der Niederlande, Norwegens, Spaniens, Schwedens, der Schweiz, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten sowie dem Leiter der EU-Beobachtungsmission in Georgien herausgegeben:

“In support of equality and human rights for everyone in Georgia, we express our solidarity with the lesbian, gay, bisexual, transgender, intersex, and queer (LGBTIQ+) community and urge the Georgian authorities to secure the right to peaceful assembly for all people in Georgia without exception, and to enable these events to take place without participants having to fear becoming victims of hatred and violence.

8. FAZIT UND SCHLUSSBETRACHTUNG

Diskussion der Untersuchungsergebnisse

In der vorliegenden Arbeit wurde die Geschichte der Zivilgesellschaft in Georgien, die Rahmenbedingungen und die Trends des Dritten Sektors in Georgien betrachtet. Es wurde ein Fokus auf den Einfluss von der Regierung, Justiz und der Institution Kirche gelegt und insbesondere die Situation der queeren CSOs heute beleuchtet.

Fraglich war, welchen Einfluss die (1) Regierung und (2) orthodoxen Kirche, auch nach der demokratiefördernden Rosenrevolution (2003) auf queere CSOs hatten und, ob (3) der die organisierte Zivilgesellschaft selbst eine Mitschuld an der schwierigen Situation für queere CSOs trägt.

Dabei konnte festgestellt werden, dass (1) die **Regierung** auch nach der Rosenrevolution in der Literatur als Auslöser für die schwierige Situation genannt wird. Nach der Rosenrevolution gab es eine gesellschaftliche Euphorie und die Regierung konnte weitestgehend unbeobachtet agieren. Erst mit dem Kaukasuskrieg (2008) begann die Zivilgesellschaft wieder öffentlich zu protestieren und zu kritisieren. In den folgenden Jahren positionierte sich die Regierung nicht gegen Queerfeindlichkeit, etwa bei der gewalttätigen Gegendemonstration im Jahr 2013. Hierdurch konnte ein Klima der Queerfeindlichkeit entstehen, das „salonfähig“ wurde, obwohl es formell keine gesetzlichen oder staatlichen Einschränkungen in die Arbeit von queeren CSOs gibt.

Es konnte ebenfalls festgestellt werden, dass die pro-demokratische Rosenrevolution nur wenig Einfluss auf die Einstellung, Werte und Macht der (2) **orthodoxen Kirche** hatte. Diese konnte sich weiterhin öffentlich gegen sexuelle Minderheiten positionieren und somit Einfluss auf die über 80% orthodoxen Georgier*innen üben. Mitglieder der orthodoxen Kirche nahmen an den Gegendemonstrationen im Jahr 2013 teil. Die orthodoxe Kirche wirkt als „politischer Akteur“ auch auf Staatsbildung und Gesetzgebung ein (vgl. Kennedy, 2016).

Fraglich ist weiterhin, ob (3) der **georgische organisierte Zivilgesellschaft** eine Mitschuld an der Situation der queeren CSOs zuzurechnen ist. Es ist festzustellen, dass es keine homogene Gruppe queerer CSOs in Georgien gibt, was unter anderem an der Entstehungsgeschichte und der westlichen Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen liegen kann. Somit ist die gegenseitige Unterstützung dieser CSOs nicht sichergestellt.

Dass die Rosenrevolution eine Manifestation des kollektiven gesellschaftlichen Unwillens war, weiter in diesen unzureichenden Umständen zu leben, wurde deutlich. Ob dieses kollektive Verhalten aber auf eine starke Ausprägung der Zivilgesellschaft in diesem Moment schließen lässt, ist fraglich. Auch wenn die Zielsetzung die gleiche ist, nämlich, die Verbesserung der gesamtgesellschaftlichen

Situation herbeizuführen, unterscheidet sich doch die Motivation und der Antrieb, sich für die eigene Zivilgesellschaft einzusetzen (vgl. Alschibaja, S. 77, 2010). Aus diesem Grund ist die Rosenrevolution nicht unbedingt als den Moment zivilgesellschaftlicher Stärke beurteilen, wohl aber als einen Moment, in dem die georgische Gesellschaft ihre Fähigkeit zu kollektiver Organisation bewiesen hat. Tatsächlich wurde jedoch die Basis für eine demokratischere Zukunft mit einer starken Zivilgesellschaft als Opposition zur Staatlichkeit in Georgien bereitet (vgl. Jones, 2006).

Limitationen der Forschung und weiterführende Forschungsfragen

Forschungen über die Situation von queeren CSOs in Georgien sind begrenzt und auch Literatur zur organisierten Zivilgesellschaft und dem dritten Sektor Georgiens konnte nur bedingt gefunden werden. Hieraus resultiert ein Fokus auf diejenigen Forschungen, die in englischer (oder deutscher) Sprache zu finden waren. Damit einher geht die externe Betrachtung und Beschreibung der Ereignisse: Forschungsergebnisse von nicht-georgischen Wissenschaftler*innen fließen in diese Ausarbeitung ein, während viele georgische Forschende ihre Ergebnisse nur auf Georgisch veröffentlichen, wodurch dieser Ausarbeitung eine Binnensicht verwehrt blieb.

Einige Aspekte sind in den Hintergrund gerückt. Der Einfluss der Russischen Föderation auf die Regierung Georgiens, der Einfluss der russisch-orthodoxen Kirche auf die georgisch orthodoxe Kirche und der anhaltende kulturelle Einfluss auf die georgischen Bürger*innen wurde ausgeklammert. Darüber hinaus wurde ein Fokus auf die westliche Finanzierung (durch die EU und die USA) des Dritten Sektors gelegt, wobei zu erwähnen ist, dass auch Finanzmittel aus Russland an Organisationen in Georgien fließen. In Forschungen wird hierzu berichtet, dass diese Gelder häufig an Organisationen fließen, die sich queerfeindlich positionieren (vgl. Dzvelishvili & Kupreishvili, 2015; Mestvirishvili et al, 2017). Eine weitere Forschungsfrage, die hieraus resultiert wäre, welchen Einfluss die Regierung, Wirtschaft und Gesellschaft Russlands auf Queerfeindlichkeit in Georgien haben.

Schlussendlich könnten weitere Forschungen die Situationen von queeren CSOs in ehemaligen Sowjetstaaten betrachten, in denen eine Farbrevolutionen stattgefunden hat (Ukraine, 2004 & Kirgistan, 2005). Auch in diesen Ländern spielen die Faktoren der Regierung, der Kirche (Orthodoxe Kirche der Ukraine, Islam und russisch-orthodoxe Kirche in Kirgistan) und ggf. der Zivilgesellschaft eine Rolle. Durch eine Multiple Case Study (nach Yin) könnte ein Bild von queeren CSOs in post-revolutionären Ländern in der Peripherie der Russischen Föderation gezeichnet werden.

9. ABBILDUNGS- UND DARSTELLUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: The 2019 CSO Sustainability Index für Georgien

Abbildung 2: The 2019 CSO Sustainability Index für Eurasien

10. LITERATURVERZEICHNIS

Monografien und Herausgeberschriften

Adloff (2005): Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis. Campus Verlag, Frankfurt/New York.

Aleksanyan (2019): Zivilgesellschaft in Armenien und im Südkaukasus. In Politik und Gesellschaft im Kaukasus (pp. 305-326). Springer VS, Wiesbaden.

Alschibaja (2010): Zivilgesellschaft in Georgien (Dissertation, Universität Wien).

Anchabadze (2005): History of Georgia. Short Sketch. Caucasian University. Caucasus House, Tbilisi.

Asian Development Bank (2020): Civil Society Brief Georgia. ADB Publishing.

Aydin (2012): Economic Change and Development in Georgia After the Rose Revolution: A Boost to the Mikheil Saakashvili's Consolidation of Authority. Uluslararası Yönetim İktisat ve İşletme Dergisi, 7(14), pp.35-50.

Ayvazyan (2020): Civil Society and Democratisation in the Eastern Partnership Countries: A Shrinking Space Index.

Bakradse, Hgrs. (2008): Ilia Tschawtschawadse. Eine Biografie. Pegasus, Tiflis.

Berianidze (2014): Georgian LGBTQ Activism. Doctoral dissertation, Central European University.

Caucasus Research and Resource Center (2011): Knowledge and Attitudes towards the EU in Georgia.

Croissant, Lauth & Merkel (2000): Zivilgesellschaft und Transformation. In: Merkel, Wolfgang (Hgrs.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Leske + Budrich, Opladen.

Dengg (2003): Zerfallsprozess im post- sowjetischen Raum am Beispiel Abchasiens. Diplomarbeit Universität, Wien.

- Dembinsk, Schmidt, Schoch & Spanger (2008): Nach dem Kaukasus-Krieg: Einbindung statt Eindämmung Russlands (Vol. 6, pp. 38).
- Dzvelishvili & Kupreishvili (2015): Russian Influence on Georgian NGOs and Media. Damoukidebloba, Tbilisi.
- Evans (2016): Civil society in the Soviet Union? In: Russian civil society: A critical assessment (pp. 36-62). Routledge.
- Fischer & Halbach (2012): Regierungswechsel in Georgien: Innen-und außenpolitische Akzente.
- Fix, L. (2014): Georgia Knocking on Europe's Door: Russia, Georgia, and the EU Association Agreement. (DGAP kompakt, 10). Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Berlin.
- Freedom House (2020): Nations in Transit 2020 - Georgia. Democracy, 38, p.100.
- Gabadadze (2016) interviewed by Edita Badasyan. In: Shahnazaryan, N., Aslanova, A. and Badasyan, E., 2016. Under the rainbow flags: LGBTI Rights in the South Caucasus. Caucasus Edition–Journal of Conflict Transformation.
- Gaganidze (2018): Foreign trade of Georgia, Moldova, and the Ukraine with the European Union after signing the association agreement. Ecoforum Journal, 7(1).
- German (2016): Regional cooperation in the South Caucasus: good neighbors or distant relatives? Routledge.
- Goziridse & Kandelaki (2004): Einflussgruppen und Korruption in Georgien. In: Kaufmann, Walter (Hrsg.): Diaspora, Öl und Rosen. Zur innenpolitischen Entwicklung in Armenien, Aserbaidshan und Georgien. Heinrich- Böll-Stiftung, Berlin.
- Haindrawa (2004): Die innenpolitische Entwicklung im postsowjetischen Georgien. In: Kaufmann, Walter (Hrsg.): Diaspora, Öl und Rosen. Zur innenpolitischen Entwicklung in Armenien, Aserbaidshan und Georgien. Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.
- Hummel & Priller (2020): Der Dritte Sektor in Finnland, Kosovo, Russland und Schweden.

- International Bar Association (2016): Sexual Orientation, Gender Identity and Expression, and Sex Characteristics at the Universal Periodic Review. International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans, and Intersex Association (2016): Annual Report 2016.
- Jones (2006): The Rose Revolution: A revolution without revolutionaries? Cambridge Review of International Affairs, 19(1), pp.33-48.
- Kehl, Kummer & Then (2015): Wahrnehmungen zivilgesellschaftlicher Strukturen und Entwicklungspotenziale in Russland: Ergebnisse einer Stakeholder-Befragung.
- Kennedy (2016): Between Sisyphus and the Danaïdes? The European Union's Efforts to Promote and Protect the Human Rights of LGBTI Persons in its Eastern Neighborhood. EU Diplomacy Paper 04/2016.
- Lukjanov (2008): Nach dem Kaukasus-Krieg: Eine Zwischenbilanz. Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Moskau.
- Lutsevych (2013): How to finish a revolution: Civil society and democracy in Georgia, Moldova, and Ukraine. Chatham House, London.
- Mestvirishvili, Zurabishvili, Iakobidze & Mestvirishvili (2017): Exploring Homophobia in Tbilisi, Georgia. Journal of homosexuality, 64(9), pp.1253-1282.
- Mitchell (2015): Spirals of Dialogue in Tbilisi: The Art Peace Project. Universität Hamburg.
- Müller (2002): Globalisierung. Campus Verlag, Frankfurt/New York.
- Nikoghosyan (2016): In Armenia, Gender is Geopolitical. Open Democracy.
- Nishimura (1999): The OSCE and ethnic conflicts in Estonia, Georgia, and Tajikstan: A search for sustainable peace and its limits. European Security, 8(1), pp.25-42.
- Nodia (2005): Civil society development in Georgia: achievements and challenges. Tbilisi: Caucasus Institute for Peace, Democracy and Development.
- OECD (2020): Responsible Business Conduct in Georgia. OECD Publishing.
- Oganjanyan (2019): Die politische Landschaft Georgiens. In Politik und Gesellschaft im Kaukasus (pp. 79-114). Springer VS, Wiesbaden.

- Puig (2016): Situation Analysis of Civil Society in Georgia (Full Report). Europe Foundation. Full Report.
- Reisner (2004): Die Schule der georgischen Nation. Eine sozialhistorische Untersuchung der nationalen Bewegung in Georgien am Beispiel der „Gesellschaft zur Verbreitung der Lese- und Schreibkunde unter Georgiern“ (1850- 1917). Kaukasien-Studien, Band 6. Hrsg.: Auch, Motik, Radvanyi, & Stadelbauer. Reichert Verlag, Wiesbaden.
- Salamon & Anheier (1994): Caring sector or caring society: Discovering the nonprofit sector cross-nationally.
- Salamon & Sokolowski (2016): Beyond nonprofits: Re-conceptualizing the third sector. VOLUNTAS: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations, 27 (4), pp.1515-1545.
- Shahnazaryan, Aslanova & Badasyan (2016): Under the rainbow flags: LGBTI Rights in the South Caucasus. Caucasus Edition–Journal of Conflict Transformation.
- Soghomonyan (2006): Europäische Integration und Hegemonie im Südkaukasus. Armenien, Aserbaidschan und Georgien auf dem Weg nach Europa. Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Stähle (2015): Between homophobia and gay lobby: The Russian Orthodox Church and its relationship to homosexuality in online discussions. Digital Icons: Studies in Russian, Eurasian, and Central European New Media, 14, pp.49-71.
- Ștefăniță & Buf (2021): Hate Speech in Social Media and Its Effects on the LGBT Community: A Review of the Current Research. Romanian Journal of Communication and Public Relations, 23(1), pp.47-55.
- Stefes (2006): Understanding Post-Soviet Transitions. Plagrave Macmillan, New York.
- Strachwitz (2020): Basiswissen Zivilgesellschaft. (Opuscula, 140). Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin.
- Strachwitz, Priller & Triebe (2020): Handbuch Zivilgesellschaft. De Gruyter Oldenbourg.

Strasser-Camagni (2007): Global Rights, Local Contexts: Sozialanthropologische Analysen zu Menschenrechten von Frauen im postsozialistischen Armenien. Dissertation der Universität Wien.

Tchouikina (2000): Ich war keine Dissidentin. Politische Biografien der antisowjetischen Dissidentenbewegung (1956-1985).

Treillet (2005): La société civile dans les stratégies des organisations internationales. S. 15- 28.
In: Froger,

Mainguy, Brot & Géraldin (Hrsg.): Quels Acteurs pour quel développement? GMDEV Karthala, Paris.

Tsikhelashvili (2010): Georgia four years after the rose revolution. Turkish Policy Quarterly, 6(3), pp.117-136.

US Agency for International Development (2019): Annual Performance Report.

Wiebe (2013): Verordnete Verunsicherung: Homosexualität, Jugendschutz, Jugendliteratur. Osteuropa, pp.99-105.

Yin (1994): Case Study Research Design and Methods: Applied Social Research and Methods Series. Thousand Oaks, CA: Sage Publications Inc.

Onlinequellen

CIA (2021): Georgia. URL: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/georgia/> (Stand: 10.08.2021)

Civics Monitor (2019): CIVICUS - Tracking conditions for citizen action. URL: <https://monitor.civics.org/country/georgia/> (Stand: 25.07.2021).

Giesemann (2021): Georgiens informelle Zivilgesellschaft: Ein Blick hinter die Kulissen. Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien. URL: <https://www.zois-berlin.de/publikationen/georgiens-informelle-zivilgesellschaft-ein-blick-hinter-die-kulissen> (Stand: 28.07.2021)

Helmig (2018): Dritter Sektor. Hrsg.: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH. Wiesbaden. URL: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/dritter-sektor-33764/version-257284> (Stand: 02.08.2021)

Statistisches Bundesamt (2020): Georgien. Statistisches Länderprofil. URL: https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Laenderprofil/georgien.pdf?__blob=publicationFile (Stand: 20.07.2021)

University of San Francisco: LGBT Resource Center (2021): General Definitions. URL: <https://lgbt.ucsf.edu/glossary-terms> (Stand: 06.08.2021)

Weltbank (2021): The World Bank in Georgia. URL: <https://www.worldbank.org/en/country/georgia/overview> (Stand: 20.07.2021)

Paper Series Opuscula

Free download at www.maecenata.eu/publikationen/opuscula/

- 2020
- Nr. 146** **Der Dritte Sektor in Finnland. Kosovo, Russland und Schweden**
Siri Hummel, Eckhard Priller (Hrsg.)
- Nr. 148** **Der Dritte Sektor in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Chile und Mexico**
Siri Hummel, Eckhard Priller (Hrsg.)
- Nr. 149** **Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie**
Bedarfe – Angebote – Potenziale
Malte Schrader
- Nr. 150** **Nach der Pandemie: Analog und/ oder digital?**
Eine Momentaufnahme
Armin Conrad
- 2021
- Nr. 151** **Die (Re-)Politisierung des Rechts auf Wohnen**
Über die Kämpfe von lokalen Mieter*innenbewegungen gegen Gentrifizierung und für bezahlbares Wohnen in Berlin
Yara Andree
- Nr. 152** **Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft in Österreich**
Ruth Simsa, Fabian Mayer, Sebastian Muckenhuber und Thomas Schweinschwaller
- Nr. 153** **Parameters for Civil Society in Austria**
Ruth Simsa, Fabian Mayer, Sebastian Muckenhuber und Thomas Schweinschwaller
- Nr. 154** **Systemischer Reset, jetzt!**
20 Einwürfe zu Zivilgesellschaft und Bürgerwissenschaft
Wolfgang Chr. Goede
- Nr. 155** **Der altrechtliche Verein**
Ein Beitrag zur Vereinsgeschichte
Nathalie Prange
- Nr. 156** **Solidarische Hilfen und die Rolle der Nachbarschaft während der Corona- Pandemie**
Eine theoretische Herleitung und empirische Bestandsaufnahme
Laura Pfirter
- Nr. 157** **The Civic Space and Politics in an Epochal Crisis**
A View from Italy
Rocco D' Ambrosio
- 2022
- Nr. 158** **Gewalt im Netz**
Zur Rolle der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Hass und Hetze in Bayern
Laura Pfirter
- Nr. 159** **Zur Lage und den Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft in Deutschland: ein Bericht**
Siri Hummel, Laura Pfirter, Rupert Graf Strachwitz
- Nr. 160 (2021)** **What is Civil Society?**
A Primer
Rupert Graf Strachwitz
- Nr. 161** **Trust in Philanthropy**
A Report on the Philanthropy.Insight Project 2018-2021
Rolf Alter, Rupert Graf Strachwitz, Timo Unger
- Nr. 162** **Inwiefern hat sich die Zusammenarbeit in der Zivilgesellschaft mit TTIP verändert?**
Mit einer Zusammenstellung und einem Praxisbericht von Cornelia Maarfeld
Corinna Kaibel
-

URN: urn:nbn:de:0168-ssoar-79547-0

ISSN (Opuscula) 1868-1840